

STUDIE

Auswirkungen des EU-Mercosur-Abkommens auf den Agrarhandel und die Ziele für nachhaltige Entwicklung

Friederike Teller, Katharina Brandt (Germanwatch e. V.), Berit Thomsen (AbL e. V.)



Zusammenfassung

Die beiden Wirtschaftsblöcke Europäische Union (EU) und Mercosur haben im Juni 2019 ihre 20 Jahre andauernden Verhandlungen über eine gemeinsame Freihandelszone beendet. Die Ratifizierung des EU-Mercosur-Assoziationsabkommens steht noch aus. Die vorliegende Studie untersucht, ob das Abkommen den Agrarhandel im Sinne der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) und des Klimaschutzes gestaltet. Anhand der zentralen Agrarhandelsgüter Rindfleisch, Milcherzeugnisse und Soja werden die Auswirkungen auf die Erreichung der SDGs in den Vertragsstaaten skizziert.

Rindfleisch wird bisher als sogenanntes sensibles Produkt der EU durch hohe Zölle vor billigeren Importen geschützt. Mit dem EU-Mercosur-Abkommen wird eine zusätzliche Quote von jährlich 99.000 Tonnen Rindfleisch mit geringem beziehungsweise gar keinem Zoll in die EU eingeführt. Der europäische Selbstversorgungsgrad von Rindfleisch liegt bereits bei 104 Prozent, sodass davon auszugehen ist, dass zusätzliche Importe zu Preissenkungen führen und mit dem europäischen Qualitätssegment in Konkurrenz treten werden.

Die für Milchprodukte vorgesehene gegenseitige Marktöffnung kann dafür sorgen, dass Exportmengen für EU-Käse um das 8-Fache, für EU-Milchpulver um das 13-Fache und für Säuglingsnahrung um das 1,8-Fache ansteigen. Die ErzeugerInnen, vor allem in Brasilien, werden durch diese EU-Importe einem höheren Preisdruck ausgesetzt. Eine Exportsteigerung führt auch bei den Betrieben in Deutschland nicht automatisch zu mehr Wertschöpfung bei den Betrieben in Deutschland, da durch den bereits bestehenden Preisdruck eine stetige unzureichende Kostendeckung zu beobachten ist.

Sojabohnen und -schrot sind gemessen am Einfuhrwert die wichtigsten Agrarimportprodukte der EU. Für Soja wird in der EU schon seit Jahrzehnten Zollfreiheit gewährt. Jedoch erheben Argentinien, Paraguay und Uruguay Exportsteuern, die durch das Abkommen abgebaut werden sollen. Der bisherige Sojaanbau in den Mercosur-Staaten geht mit zahlreichen negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen einher, wie Entwaldung, massivem Pestizideinsatz, Zerstörung von Ökosystemen sowie Menschenrechtsverletzungen.

Das EU-Mercosur-Abkommen wird in seiner derzeitigen Form im Bereich des Agrarhandels nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der SDGs beitragen. Es fehlen konkrete In-

Impressum

Autorinnen:

Friederike Teller, Katharina Brandt (Germanwatch e. V.), Berit Thomsen (AbL e. V.)

Redaktion:

INFOTEXT

Herausgeber:

Germanwatch e. V.

Büro Bonn:

Dr.-Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin:

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. (AbL)

Bundesgeschäftsstelle

Bahnhofstraße 31

D-59065 Hamm

Telefon +49 (0) 2381 / 90 53 171, Fax: 49 22 21

Internet: www.abl-ev.de

E-Mail: info@abl-ev.de

Dezember 2020

Bestellnr: 2020-1-02

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/19698

www.abl-ev.de/publikationen/studie/mercotur/

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Für den Inhalt dieser Publikation sind allein Germanwatch e. V. und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Inhalt

Tabellenverzeichnis	5
Abkürzungsverzeichnis	6
1 Einleitung	8
2 Handel zwischen der EU und dem Mercosur	9
2.1 Handel mit Rindfleisch.....	11
2.2 Verhandlungsstand des EU-Mercosur-Abkommens	13
3 Neue Regeln für den Agrarhandel durch das EU-Mercosur-Abkommen	15
3.1 Soja, Rindfleisch und Milchprodukte.....	17
4 Nachhaltigkeit des Agrarhandels zwischen EU und Mercosur	19
4.1 Ziel 1: Keine Armut.....	20
4.2 Ziel 2: Kein Hunger.....	22
4.3 Ziel 3: Gesundheit	24
4.4 Ziel 6: Sauberes Wasser	25
4.5. Ziel 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	25
4.7 Ziel 13: Klimawandel	28
4.5 Ziel 15: Leben an Land	29
5 Schlussfolgerungen: Handelsabkommen und Agrarpolitik müssen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden	31
5.1 Wirksame Mechanismen für den Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Klima und faire ErzeugerInnenpreise in den Nachhaltigkeitskapiteln verankern	32
5.2 Wirksame Lieferkettengesetze	33
5.2 Gemeinsame Agrarpolitik und Agrarhandel	34
5.3 Tierwohlorientierte Milch- und Fleischerzeugung.....	35
5.4 Qualifizierung des Agrarhandels.....	36
6 Literaturverzeichnis.....	38
Glossar	45

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beispiele für aktuelle Zölle des Mercosur auf EU-Importwaren.....	10
Tabelle 2: Beispiele für derzeitige EU-Zölle für Importwaren aus dem Mercosur.....	11
Tabelle 3: Produktion, Importe, Exporte der EU-27 von Rindfleisch. In Tonnen Schlachtkörperäquivalent.....	12
Tabelle 4: Zölle und Kontingente der EU für sensible Produkte aus dem Mercosur nach dem EU-Mercosur-Freihandelsabkommen (FHA).....	16
Tabelle 5: Rindfleischimporte aus dem Mercosur in die EU-27 und zusätzliche Quote durch das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen (FHA).....	17
Tabelle 6: Kosten für die Milcherzeugung und Milchpreis in Deutschland im Vergleich. 2014 bis April 2020.....	27

Abkürzungsverzeichnis

AA	Assoziierungsabkommen
ABCD	Konzerne ADM, Bunge, Cargill, Louis Dreyfus
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CETA	Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, engl.: <i>Comprehensive and economic trade agreement</i>
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
CPT	<i>Comissão Pastoral da Terra</i>
EGD	Europäischer Green Deal
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FEFAC	EU-Dachverband der Mischfutterhersteller
FHA	Freihandelsabkommen
FUNAI	Nationale Stiftung der Indios, pt.: <i>Fundação Nacional do Índio</i>
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik der EU
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
ITUC	Internationaler Gewerkschaftsbund, engl.: <i>International Trade Union Confederation</i>
L&F	Dachverband der dänischen Land- und Ernährungswirtschaft
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Mercosur	Gemeinsamer Markt Südamerikas, span.: <i>Mercado Común del Sur</i>
NRO	Nichtregierungsorganisation
PAN	Pestizid Aktions-Netzwerk e. V.
SDGs	Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der UN, engl.: <i>Sustainable Development Goals</i>

SIA	Nachhaltigkeitsprüfung zur Unterstützung wichtiger Handelsverhandlungen, engl.: <i>Sustainability Impact Assessment</i>
SPS-Kapitel	Kapitel über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen des EU-Mercosur-Abkommens
TSD	Nachhaltigkeitskapitel des EU-Mercosur-Abkommens, engl.: <i>Trade and Sustainable Development Chapter</i>
UN	Vereinte Nationen, engl.: <i>United Nations</i>
USA	Vereinigte Staaten von Amerika, engl.: <i>United States of America</i>
USAID	US-Agentur für Internationale Entwicklung, engl.: <i>United States Agency for International Development</i>
WHO	Weltgesundheitsorganisation, engl.: <i>World Health Organisation</i>
WTO	Welthandelsorganisation, engl.: <i>World Trade Organisation</i>

1 Einleitung

Die europäische Landwirtschaft ist durch Handelsströme global eng vernetzt. Dabei importiert die Europäische Union (EU) vor allem große Mengen Futtermittel für Tiere, überwiegend Soja, während sie insbesondere tierische Erzeugnisse wie Fleisch und Milch exportiert. Freihandelsabkommen sollen Handelsbarrieren wie Zölle abbauen und einen gemeinsamen stabilen Markt mit geteilten Regeln und Standards schaffen, zum Beispiel auch für eine nachhaltige Entwicklung (EU-Kommission 2020a). Seit rund zehn Jahren integriert die EU deshalb in ihre Handelsabkommen auch Nachhaltigkeitskapitel, so auch im noch nicht ratifizierten EU-Mercosur-Abkommen (PowerShift 2019). Der Handel zwischen der EU und den Mercosur-Staaten ist für beide Regionen sehr wichtig, die EU ist die größte Handels- und Investitionspartnerin für den Wirtschaftsblock Mercosur. Dabei spielt der Agrarhandel eine entscheidende Rolle. Dieser allerdings hat laut zahlreichen Studien (zum Beispiel I-mazon 2020 oder Germanwatch 2019) aktuell negative Auswirkungen auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs oder globale Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030). Das EU-Mercosur-Abkommen wird zu einer Veränderung des Agrarhandels zwischen den Regionen führen und kann so Einfluss nehmen auf die Nachhaltigkeit der Rohstoffströme im Sinne der Nachhaltigkeitsziele und insbesondere des Klimaschutzes und der Preisentwicklung für ErzeugerInnen. Mithilfe der Studie soll identifiziert werden, inwieweit das Abkommen nach aktuellem Verhandlungsstand zu einer Verbesserung oder Verschlechterung der Trends in der EU und den Mercosur-Staaten beiträgt. Dazu wird der bisherige exportorientierte Agrarhandel zwischen der EU und dem Mercosur in Kapitel 1 untersucht. In Kapitel 2 werden wesentliche Vereinbarungen des EU-Mercosur-Abkommens im Agrarbereich erläutert. Diese werden dann in Kapitel 3 bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Erreichung relevanter SDGs untersucht, wobei in erster Linie der Handel mit Soja, Milchprodukten und Rindfleisch betrachtet wird. Bisherige Untersuchungen haben gezeigt, dass die Produktion dieser Güter besonders mit der Erreichung der SDGs durch die Aspekte Entwaldung, Flächennutzung, Pestizide und Treibhausgasausstoß in Verbindung steht. In Kapitel 4 werden weitere politische Instrumente mit Auswirkungen auf den Agrarhandel, wie die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) oder Initiativen für ein Lieferkettengesetz, beschrieben. Abschließend werden in Kapitel 5 mögliche Spielräume, um im Rahmen der Agrarpolitik und von Handelsabkommen die Nachhaltigkeitsziele voranzubringen, identifiziert und politische Empfehlungen formuliert.

2 Handel zwischen der EU und dem Mercosur

Die gegenwärtigen Handelsbeziehungen zwischen den beiden regionalen Zollunionen basieren auf den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Zusätzlich besteht ein *Interregionales Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Mercosur*, welches 1999 in Kraft trat. Durch das Abkommen soll schrittweise die gegenseitige Liberalisierung des Handels vorbereitet werden (EUR-Lex 2020).

Wirtschaftliche Kennzahlen zum Handel zwischen EU und Mercosur

Die EU ist wichtigste Handels- und Investitionspartnerin und zweitwichtigste Warenhandelspartnerin des südamerikanischen Staatenbundes Mercosur. Knapp ein Fünftel des Mercosur-Handels geht auf die EU zurück (EU-Kommission 2020c). Gleichzeitig handelte die EU 2019 Waren im Wert von mehr als 41 Milliarden Euro mit dem Mercosur (EU-Kommission 2020l).

Rund 855.000 Arbeitsplätze in der EU und weitere 436.000 in Brasilien werden dem Export nach Brasilien zugeschrieben. Etwa 60.500 europäische Firmen exportieren in den Mercosur (EU-Kommission 2019a). Unternehmen aus den Mercosur-Ländern wiederum beschäftigen mehr als 30.000 Menschen in der EU.

Im Jahr 2019 beliefen sich die Ausfuhren der EU in die Mercosur-Staatengemeinschaft auf 41 Milliarden Euro. Dazu zählten vor allem Maschinen, Transportausrüstung sowie Chemikalien und Arzneimittel.

Die Exporte des Mercosur in die EU betrugen 2019 35,9 Milliarden Euro. Vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Sojaprodukte, Kaffee, Rindfleisch und Orangensaft sowie Produkte aus dem Bergbau wurden in den Jahren 2014-2016 aus dem Mercosur in die EU exportiert.

Die EU exportierte im Jahr 2018 Dienstleistungen im Wert von 21 Milliarden Euro in den Mercosur, während der Mercosur Dienstleistungen im Wert von 10 Milliarden Euro in die EU ausführte. Zu Dienstleistungen zählen Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Seeverkehr oder Post- und Kurierdienste (EU-Kommission 2020c).

Bestehende Handelsregeln

Der Handel zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken erfolgt in erster Linie auf der Grundlage der in der WTO festgelegten Marktzugangsregeln, die für alle Mitglieder der Organisation gelten. Die vom Mercosur angewandten Zölle liegen im Durchschnitt bei 13 Prozent, die der EU bei 6 Prozent. Darüber hinaus gibt es zahlreiche und hohe nichttarifäre Handelshemmnisse, die den Handel beeinträchtigen.

Zu den Handelshemmnissen der Mercosur-Staaten gegenüber Importen aus Drittstaaten gehören:

- hohe Importzölle auf Chemikalien, Pharmazeutika, Maschinen, Autos, Textilien, Schokolade, Spirituosen und Wein (s. Tabelle 1),
- aufwendige Verfahren für den Nachweis eingehaltener Standards,
- technische Normen und Vorschriften, die sich von internationalen Normen unterscheiden

- die Bevorzugung einheimischer gegenüber ausländischen Firmen und Gütern bei öffentlichen Ausschreibungen.

Agrarhandel zwischen EU und Mercosur

2019 importierte die EU Agrargüter im Wert von mehr als 19,6 Milliarden Euro aus den Mercosur-Ländern. Die EU verkaufte Agrarprodukte im Wert von 2,4 Milliarden Euro in die Mercosur-Länder (EU-Kommission 2020). Im Vergleich zu anderen Sektoren erhebt die EU vergleichsweise hohe Zölle, um den Zugang bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse einzuschränken. Der durchschnittliche Zollsatz für Agrarprodukte beträgt 11,1 Prozent im Vergleich zu 4,2 Prozent für nicht landwirtschaftliche Produkte, jedoch mit Spitzenzöllen von 104 Prozent auf tierische Produkte und 157 Prozent auf Obst (Gobierno Argentino 2019). Dagegen werden andere Agrarprodukte wie Soja oder Kaffee zollfrei importiert. Der Anteil der Mercosur-Länder am gesamten EU-Import von Agrarerzeugnissen beträgt rund 14 Prozent. Die EU ist ein wichtiger Markt für die LebensmittelherstellerInnen der Mercosur-Länder.

Auch der Mercosur schützt seine Märkte vor einigen europäischen Agrarerzeugnissen. Auf Olivenöl, Malz, Schokolade, Gemüse und Obst (zum Beispiel Birnen, Pflaumen, Kiwis, Äpfel), Erfrischungsgetränke sowie Spirituosen erhebt der Mercosur Zölle zwischen 10 und 55 Prozent (EU-Kommission 2019b).

Um ein bestimmtes Maß an Handel auch für relativ stark geschützte Produkte zu ermöglichen, legen viele Länder bestimmte Mengen (Kontingente) fest, die jährlich zu einem verringerten Zollsatz oder ganz zollfrei eingeführt werden können. Durch Kontingente kann die Importmenge genauer gesteuert werden als durch Zölle.

Tabelle 1: Beispiele für aktuelle Zölle des Mercosur auf EU-Importwaren.

Quelle: EU-Kommission 2019c

EU Ware	Zölle auf den Warenwert beim Import in den Mercosur (in Prozent)
Kraftfahrzeuge	35
Kraftfahrzeugteile	14–18
Chemikalien	≤ 18
Kleidung	35
Arzneimittel	≤ 14
Lederschuhe	35
Wein	27
Schokolade und Süßwaren	20
Spirituosen und Erfrischungsgetränke	20–35

Die EU erhebt generell niedrige Zölle auf Industrieprodukte wie Chemikalien und Autoteile. Der gewichtete Durchschnitt für Importe von Industrieprodukten beträgt 5 Prozent (Gobierno Argentino 2019).

Tabelle 2: Beispiele für derzeitige EU-Zölle für Importwaren aus dem Mercosur.

Quelle: EU-Kommission 2019c

Ware aus dem Mercosur	Zölle auf den Warenwert beim Import in die EU (in Prozent)
Chemikalien	5-7,7
Kraftfahrzeugteile	10-20
Maschinen	4
Fischprodukte	8-15
Getrocknete Früchte	2,4-4
Gemüse	0-118
Wein	1-16
Zitrusfrüchte	6-30
Tabak	5-77

Zudem schützen die EU wie auch der Mercosur bestimmte Güter, indem sie sie als sensible Produkte deklarieren. Das kommt vor allem den heimischen ProduzentInnen zugute, die dem internationalen Wettbewerb nicht standhalten könnten. Staaten können eine festgelegte Anzahl ihrer Produkte als sensibel deklarieren und müssen somit bei diesen Produkten nur geringe Zollkürzungen umsetzen beziehungsweise die Liberalisierung hinauszögern. Zu den sensiblen Produkten der EU zählen etwa Rind- und Geflügelfleisch, Honig, Ethanol und Zucker. Zu den sensiblen Gütern des Mercosur zählen Schuhe, Möbel sowie Fahrzeuge und Autoteile (Gobierno Argentino 2019).

2.1 Handel mit Rindfleisch

Rindfleisch gehört zu den sensiblen Produkten der EU, daher schützt die EU ihren Rindfleischmarkt mit Zöllen. Die Zölle setzen sich zusammen aus Wertzoll (Prozentsatz des Warenwertes) und Mengenzoll (fester Betrag pro importiertem Kilogramm) und belaufen sich auf 40 bis 70 Prozent (Baltensperger und Dadush 2019). Innerhalb von Kontingenten kann Rindfleisch zu niedrigeren bis Zollsätzen zum Nullwert importiert werden. 48.200 Tonnen frisches Rindfleisch können somit zollfrei und 54.875 Tonnen gefrorenes Rindfleisch mit einem Zollsatz von 20 Prozent in die EU importiert werden. Beide Kontingente gelten für alle Mitgliedsländer der WTO und werden nach dem *First-Come-First-Served*-Prinzip vergeben (EUR-Lex 2012). Des Weiteren gilt ein Kontingent von 46.876 Tonnen für hochwertiges Rindfleisch zu einem reduzierten Zollsatz von 20 Prozent, welches ausschließlich den Mercosur-Ländern zur Verfügung steht (Grieger 2019).

Für die Mercosur-Länder ist der europäische Markt für Rindfleisch von großer Bedeutung. Exporteure von frischem Rindfleisch des Mercosur erwirtschaften 42 Prozent ihrer Einnahmen auf dem EU-Markt (Baltensperger und Dadush 2019). Die Mercosur-Länder sind Hauptlieferant von Rindfleisch außer-europäischer Herkunft. Der Mercosur deckt mit rund 200.000 Tonnen jährlich knapp 80 Prozent der gesamten EU-Rindfleischimporte ab. Mehr als ein Viertel der Rindfleischimporte (rund 45.000 Ton-

nen frisches Rindfleisch und weitere 10.000 Tonnen gefrorenes Rindfleisch) wird außerhalb des Kontingentes trotz eines derzeitigen Zollsatzes von 59 bis 74 Prozent in die EU exportiert (EU-Kommission 2019b).

Die EU ist Nettoexporteurin von Rindfleisch und kam 2016 bis 2019 auf durchschnittlich 472.000 Tonnen. Der Selbstversorgungsgrad der EU-28¹ (Verhältnis der Inlandsproduktion zum Verbrauch) für Rind- und Kalbfleisch lag 2019 bei 104 Prozent (LEL 2020).

Tabelle 3: Produktion, Importe, Export der EU-27 von Rindfleisch. In Tonnen Schlachtkörperäquivalent. Quellen: EU-Kommission 2020d und EU-Kommission 2020k

	2016	2017	2018	2019
Produktion²	7.166.000	7.196.000	7.324.000	7.246.000
Importe³	272.093	260.496	287.788	279.192
<i>davon aus dem Mercosur in Prozent</i>	74	76	79	77
Export⁴	453.217	492.379	466.824	475.579
Selbstversorgungsgrad in Prozent	107	108	107	107

Handel mit Milchprodukten

Der Mercosur erhebt aktuell einen Zollsatz von bis zu 28 Prozent auf die Einfuhr von Käse und Milchpulver sowie von 18 Prozent auf Säuglingsnahrung. Exporteure des Mercosur zahlen an die EU aktuell für Milchpulver einen Zollsatz von 64 Prozent und für Käse 40 Prozent (EU-Kommission 2019b).

Die EU, Argentinien und Uruguay sind NettoexporteureInnen von Milchprodukten. Argentinien importiert nur eine begrenzte Menge an Milchprodukten, vor allem Käse aus Uruguay und Brasilien, in geringen Mengen aus der EU (USDA 2020a). Uruguay exportierte im Jahr 2017 70 Prozent seiner Milchprodukte (INALE 2017). Brasilien exportierte 2019 nur 1 Prozent seiner Milchprodukte, jedoch möchte Brasilien seinen Käse für den Weltmarkt wettbewerbsfähig machen. China beispielsweise hat seinen Markt für 24 brasilianische Molkereien geöffnet (Dairy Global 2019). China ist weltweit der größte Importeur von Molkereiprodukten (Rvo 2019).

Die EU produziert seit mehr als 30 Jahren Milchüberschüsse. Der Selbstversorgungsgrad von Kuhmilch lag 2017 bei 113 Prozent (Thünen 2019). Die Produktionsmenge von Milch in der EU-27 ist von 2014 bis 2019 stetig gestiegen. Die europäischen Milchexporte umfassen verschiedene Produkte. Während die Exportmengen für Magermilchpulver, Käse und Butter gestiegen sind, sind rückläufige Exportmengen bei Vollmilchpulver in diesem Zeitraum zu verzeichnen (EU-Kommission 2020e).

¹ Inklusive des Vereinigten Königreichs.

² Brutto-Produktion vor Anrechnung Import/Export Lebewesen. Ohne Großbritannien.

³ Die Importe beinhalten frisches/gefrorenes Rindfleisch, verarbeitete Produkte, andere Produkte. Bei Importen machen die lebenden Rinder solch einen marginalen Anteil aus, dass sie nicht extra ohne Lebewesen aufgeführt werden.

⁴ Ohne Lebewesen. Der Anteil von Großbritannien wurde rausgerechnet.

Handel mit Soja

Brasilien erntete im Wirtschaftsjahr 2020/21 124 Millionen Tonnen Sojabohnen, das entspricht fast einem Drittel der globalen Produktion. Damit ist Brasilien größter Produzent von Soja weltweit. Unter den sechs führenden Exportländern von Sojabohnen weltweit sind auch Argentinien, Paraguay und Uruguay (USDA 2020b).

Die EU ist nach China zweitgrößte Importeurin von Sojabohnen und weltweit größter Importeur von Sojamehl. Im Jahr 2017 verbrauchten die EU-27, Norwegen und die Schweiz zusammen schätzungsweise 34,4 Millionen Tonnen Sojabohnen, Sojamehl und Sojaöl oder 40,5 Millionen Tonnen Sojabohnenäquivalente und damit etwa zwölf Prozent der weltweiten Sojabohnenproduktion (IDH 2019).

Gemessen am Einfuhrwert sind Sojabohnen und -schrot die wichtigsten Agrarprodukte, die die EU aus dem Mercosur importiert. Soja ist ein proteinreicher Bestandteil des Kraftfutters in der intensiven Mast von Schweinen, Geflügel und in geringerem Maße auch bei Rindern (BLE 2018).

Brasilien war im Wirtschaftsjahr 2019/2020 mit 46 Prozent Hauptversorger der EU mit Sojaschrot. Der Mercosur (Brasilien: 46 Prozent, Argentinien 41 und Paraguay 5) war mit einem Marktanteil von insgesamt 93 Prozent wichtigster Sojaschrotlieferant der EU (EU Kommission 2020k).

Seit Jahrzehnten erhebt die EU keine Zölle auf Soja. Unter den Mercosur-Ländern erhebt Argentinien derzeit einen Ausfuhrzoll von 33 Prozent auf Sojabohnen, der einen bedeutenden Teil der Staatseinnahmen ausmacht und für Sozialprogramme verwendet wurde (Fritz 2020).

2.2 Verhandlungsstand des EU-Mercosur-Abkommens

Das umfangreiche Assoziierungsabkommen (AA) zwischen der EU und dem Mercosur umfasst neben einem Freihandelsteil mit 17 Kapiteln (EU-Kommission 2019d) auch einen Teil zum politischen Dialog und zur Kooperation (BMWi 2020). Die Verhandlungen dazu haben im Jahr 1999 begonnen. Am 28. Juni 2019 verkündete die EU-Kommission eine politische Einigung mit den Mercosur-Staaten über den Freihandelsteil (EU-Kommission 2019e). Ein Jahr später wurden die gesamten Verhandlungen des Assoziierungsabkommens offiziell als beendet erklärt (BMWi 2020). Mit Inkrafttreten des Abkommens würde ein gemeinsamer Markt für rund 780 Millionen Menschen geschaffen. Kein anderer Handelsvertrag der EU betrifft eine derart hohe Zahl an Menschen (EU-Kommission 2019f).

Verhandlungsprozess um das Abkommen steht in der Kritik

Die Verhandlungen wurden von Nichtregierungsorganisationen (NRO) als intransparent kritisiert (Greenpeace 2020a). Zudem lag eine Analyse der Auswirkungen des Abkommens auf soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit (*Sustainability Impact Assessment – SIA*) erst nach Abschluss der Verhandlungen im Juli 2020 vollständig vor. Deren Erkenntnisse konnten so nicht mit in die Verhandlungen, insbesondere zum Freihandelsteil, einbezogen werden (Client Earth 2020). Teile des Assoziierungsabkommens sowie wichtige Anhänge und die rahmende Präambel sind der Öffentlichkeit auch Monate nach deren Fertigstellung nicht zugänglich. Dies erschwert den zivilgesellschaftlichen Dialog über das Abkommen sowie die Bewertung der Folgen für die Gesellschaft maßgeblich (Greenpeace 2020a). Erst durch *leaks* von Greenpeace wurden große Teile des Abkommens zugänglich gemacht.

Widerstand bei der Ratifizierung des Abkommens

Das EU-Mercosur-Abkommen stellt ein sogenanntes gemischtes Abkommen dar, das heißt, das Abkommen bedarf, neben der Zustimmung des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments, auch der Ratifizierung durch die Parlamente der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten gemäß ihrem nationalen verfassungsrechtlichen Verfahren (EU-Kommission 2019c). Dies betrifft auch den Handelsteil, da dieser Regelungsbereiche beinhaltet, die noch nicht vollständig vergemeinschaftet sind (PowerShift 2019). Das Europäische Parlament sprach sich in einer Abstimmung im Oktober 2020 vorläufig gegen das Abkommen aus (Agrarzeitung 2020). Auch die Regierungen vieler EU-Mitgliedsstaaten, wie Frankreich und Österreich, signalisierten bereits ihre Zweifel und kündigten an, gegen das Abkommen zu stimmen (Fritz 2020). Die deutsche Bundesregierung hält bisher an ihrer Zustimmung fest und beabsichtigt nach eigenen Angaben im Oktober 2020 keine Nachverhandlungen (BMW 2020b). Die AgrarministerInnen von Bund und Länder haben sich im September 2020 erstmalig gegen eine Ratifizierung des vorliegenden Abkommens ausgesprochen, sollte die Bereitschaft zur Umsetzung des Nachhaltigkeitskapitels seitens aller Mercosur-Staaten nicht gegeben sein (Greenpeace 2020b). Auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen der EU und der Mercosur-Länder kritisieren die ökologischen und sozialen Folgen des Abkommens (S2B Network 2019). Das Abkommen befindet sich zum Zeitpunkt der Fertigstellung der vorliegenden Untersuchung in der formaljuristischen Prüfung, woraufhin die Übersetzung in die Sprachen der Vertragsparteien erfolgt. Zeitgleich verhandelt die EU-Kommission mit den Mercosur-Ländern über zusätzliche Selbstverpflichtungen. So bestätigt auch EU-Handelskommissar Dombrovskis, dass das Abkommen nach jetzigem Stand nicht ratifiziert werden könne, jedoch spricht er sich gegen eine erneute Öffnung der Verhandlungen aus und setzt auf weitere Zusagen der Mercosur-Staaten, insbesondere in Bereichen des Klimaschutzes (Politico 2020). Eine vorläufige Anwendung des Handelsteils kann nach Einschätzung von NRO auch stattfinden, bevor die Mitgliedsstaaten die Ratifizierung abgeschlossen haben (Fern 2020).

Ziele des EU-Mercosur-Abkommens

Als Ziele des EU-Mercosur-Abkommens benennt die EU-Kommission die Steigerung des bilateralen Handels und der Investitionen durch den Abbau von Handelshemmnissen. Davon sollen besonders kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Zudem sollen stabile Regeln durch strengere Vorschriften gefunden werden, zum Beispiel durch geografische Angaben. Auch gemeinsame Werte, wie eine nachhaltige Entwicklung in Bereichen der ArbeitnehmerInnenrechte, des Klimawandels oder Umweltschutzes, sollen durch das Abkommen gestärkt werden (EU-Kommission 2020a).

Laut dem SIA (2020) führt das EU-Mercosur-Abkommen zu einem Wirtschaftswachstum des BIP von 0,1 Prozent in der EU bis 2032 und im Mercosur um 0,3 Prozent. Die globalen Gesamtexporte der EU würden nach dem SIA um 0,4 bis 0,6 Prozent ansteigen und für den Mercosur um 0,1 bis 0,5 Prozent. Die EU spricht außerdem von einem *first mover advantage* (Erstanbietervorteil), da sie als Erste ein Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten abschließen würde (EU-Kommission 2019a).

Instrumente des Abkommens

Ein wesentliches Instrument des Abkommens sind Zollsenkungen für die Einfuhr bestimmter Produkte. Mit dem Abkommen sollen Einfuhrzölle auf über 90 Prozent der in den Mercosur exportierten EU-Waren aufgehoben werden. Für einige Produkte erfolgt die Marköffnung nach Inkrafttreten des Abkommens stufenweise über einen Zeitraum von bis zu sechs oder auch bis zu zehn Jahren, um den Unternehmen ausreichend Zeit zur Anpassung zu geben (EU-Kommission 2019a). Dazu zählen zum Beispiel Milchprodukte. Im Abkommen sollen zudem zollbegünstigte Quoten für sensible Güter eingeführt und Produkte durch geografische Angaben geschützt werden (Fern 2020). Darüber hinaus

soll die Einfuhr zwischen den beiden Parteien durch eine Vereinfachung der Zollverfahren und die Vereinheitlichung der Standards erleichtert werden.

Auch der Austausch im Dienstleistungssektor soll durch das Abkommen vereinfacht und verstärkt werden. Durch größere rechtliche Sicherheit und ein *level playing field* (Wettbewerbsgleichheit) sollen sich Dienstleistungsunternehmen im jeweils anderen Wirtschaftsblock leichter etablieren können.

Das Handelsabkommen soll außerdem sicherstellen, dass sich europäische Unternehmen zu gleichen Bedingungen wie Mercosur-Unternehmen auf öffentliche Aufträge in den Mercosur-Staaten bewerben. Dies war bisher nicht möglich. Das Abkommen möchte außerdem besonders kleine und mittlere Unternehmen durch die Schaffung einer Onlineplattform beim Marktzugang unterstützen (EU-Kommission 2019a). Auch Mercosur-Unternehmen sollen auf Basis des Abkommens leichter in der EU tätig werden können. Dazu zählt auch ein leichterer Zugang zu Arbeitsplätzen in der EU (Fern 2020).

Die beteiligten Parteien – zwei der größten Wirtschaftsmächte der Welt – wollen mit dem Freihandelsabkommen ein Zeichen setzen: Sie lehnen Protektionismus ab und sind offen für einen auf Regeln und hohen Standards basierenden Handel (EU-Kommission 2019c).

3 Neue Regeln für den Agrarhandel durch das EU-Mercosur-Abkommen

Die Marktliberalisierung soll durch die Abschaffung von Einfuhrzöllen bei 84 Prozent der Mercosur-Agrarexporte erfolgen. Für die verbleibenden 16 Prozent werden feste Kontingente eingeführt oder bestehende Kontingente erhöht. Der Mercosur hingegen liberalisiert 88 Prozent seines Agrarhandels mit der EU (Gobierno Argentino 2019).

Zölle und Kontingente der EU für sensible Produkte aus dem Mercosur

Sensible landwirtschaftliche Güter sollen weiterhin nur teilweise Liberalisierungsverpflichtungen unterliegen (Karatepe et al. 2020). Für neun Prozent der Importe aus der EU werden im Mercosur auf sensible Produkte wie Schuhe, Autoteile, Fahrzeuge und Möbel für weitere 15 Jahre nach Ratifizierung des Abkommens Zölle erhoben (Gobierno Argentino 2019).

Die folgende Tabelle zeigt Zölle und Kontingente der EU für sensible Produkte aus dem Mercosur unter dem EU-Mercosur-Abkommen.

Tabelle 4: Zölle und Kontingente der EU für sensible Produkte aus dem Mercosur nach dem EU-Mercosur-Freihandelsabkommen (FHA). Quelle: Baltensperger und Dadush 2019

Produkt	Zusätzliche Kontingente nach dem EU-Mercosur-FHA (in Tonnen)	Neuer Zollsatz innerhalb des Kontingents (in Prozent)	Übergangszeit ab Ratifizierung des EU-Mercosur-FHA (in Jahren)
Rindfleisch, frisch	55.000	7,5	6
Rindfleisch, gefroren	44.000	0	6
Geflügelfleisch	180.000	0	6
Schweinefleisch	25.000	95 \$/t	6
Honig	45.000	0	6
Zucker	10.000	0	keine
Ethanol ⁵	650.000	0 / 7	6

Mercosur senkt Zölle für Waren aus der EU

Der Mercosur liberalisiert ebenfalls die Einfuhr von EU-Lebensmittelerzeugnissen. Mit einer Ratifizierung des Abkommens sollen die derzeitigen Zölle für Wein (27 Prozent), Spirituosen (20 bis 35 Prozent), Olivenöl (10 Prozent) oder Schokolade (20 Prozent) sofort abgeschafft werden.

Geografische Angaben zum Schutz von Originalprodukten

Die EU schützt hochwertige regionaltypische Lebensmittel und Getränkespezialitäten über das System der geografischen Angaben (EU-Kommission 2019b). 357 traditionelle Produkte aus der EU sollen auch im Mercosur durch geografische Angaben geschützt werden. Geografische Angaben garantieren den VerbraucherInnen, dass es sich bei dem Erzeugnis um das Originalprodukt aus der betreffenden Region handelt, und ermöglicht den HerstellerInnen, für die Qualität ihrer Erzeugnisse einen Premiumpreis zu erzielen. Imitationen des Produkts sind somit verboten. Darunter fallen beispielsweise das *Münchener Bier*, *Comté* aus Frankreich oder *Prosciutto di Parma* aus Italien (EU-Kommission 2019c). Gemäß der EU-Kommission sind aktuell über das EU-Recht 3.322 Produkte durch geografische Angaben geschützt (EU-Kommission 2020f). Im Mercosur sollen über das Abkommen 220 Produkte, darunter 150 argentinische Weine, durch geografische Angaben patentiert werden (Gobierno Argentino 2019).

Standards für Umweltschutz und Lebensmittelsicherheit

Das Abkommen verweist auf das im EU-Recht verankerte „Vorsorgeprinzip“, welches Regierungen erlaubt, Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und der Umwelt zu ergreifen, auch wenn die wissenschaftlichen Beweise dafür, ob die Importware sicher ist oder nicht, noch nicht eindeutig sind. EU-Standards für die Lebensmittelsicherheit sowie Tier- und

⁵ 450.000 Tonnen Ethanol kann für die Chemieindustrie zollfrei importiert werden; weitere 200.000 Tonnen Ethanol für andere Nutzung zu einem Zollsatz von 7 Prozent.

Pflanzengesundheit werden durch das EU-Mercosur-Abkommen nicht verändert. Weder hormonbehandeltes Rindfleisch noch nicht zugelassene gentechnisch veränderte Produkte dürfen in die EU exportiert werden (EU-Kommission 2019b).

Vorteile für den EU-Agrarsektor

Der EU-Agrarsektor soll durch den erleichterten Marktzugang in die Länder des Mercosur profitieren, indem Agrarprodukte an weitere 260 Millionen KonsumentInnen verkauft werden können. Durch das Abkommen sollen hohe Zölle und andere Handelshemmnisse wie unklare Regeln und Vorschriften beseitigt werden. Außerdem sollen Verfahren zur Lebensmittelsicherheit erleichtert werden, sodass europäische Agrarexporteure leichter in den Mercosur exportieren können. Durch geografische Angaben sollen traditionelle EU-Lebensmittel vor Nachahmung geschützt werden (EU-Kommission 2019b). Die KonsumentInnen beider Wirtschaftsblöcke sollen von einem vielfältigeren und höherwertigen Angebot zu niedrigeren Preisen profitieren.

Vorteile für den Agrarsektor des Mercosur

ProduzentInnen und Exporteure des Mercosur erhoffen sich durch das Abkommen, ihre Produkte auf einen Markt mit hoher Kaufkraft ausweiten und dort diversifizieren zu können (Gobierno Argentino 2019).

3.1 Soja, Rindfleisch und Milchprodukte

Rindfleisch aus dem Mercosur für die EU

Da Rindfleisch zu den sensiblen Produkten der EU gehört, wird der Import in die EU über ein Kontingent gewährt. Der Mercosur kann zusätzlich 99.000 Tonnen Rindfleisch (55.000 Tonnen frisches Rindfleisch mit einem verringerten Zoll von 7,5 Prozent und zollfreie 44.000 Tonnen gefrorenes Rindfleisch) innerhalb von fünf Jahren nach Ratifizierung des Abkommens in die EU exportieren. Diese Quote stellt eine Erhöhung von 47 Prozent gegenüber den aktuellen Rindfleischimporten aus dem Mercosur dar (siehe Tabelle 5) und entspricht 1,2 Prozent des gesamten europäischen Rindfleischverbrauchs (8 Millionen Tonnen jährlich) (EU-Kommission 2019b).

Tabelle 5: Rindfleischimporte aus dem Mercosur in die EU-27 und zusätzliche Quote durch das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen (FHA). Quelle: EU-Kommission 2020d

Rindfleischexporte ⁶ in die EU-27 pro Jahr	Zusätzliche Quote nach dem EU-Mercosur-FHA	Anteil an aktuellen Rindfleischimporten
210.725 Tonnen	99.000 Tonnen	47 Prozent

Das Zollkontingent für Rindfleisch von 99.000 Tonnen ist die höchste Marktöffnungsquote, welche die EU je einem Handelspartner gewährt hat. Brasilien erhält rund 44.000 Tonnen dieser neuen Quote und Argentinien etwa 30.000 Tonnen. Mit den neuen Importquoten können die südamerikanischen Exporteure ihren Marktanteil in der EU weiter ausbauen, da durch die Zollreduzierung ihre Konkurrenzfähigkeit steigt (ADHB 2019).

⁶ durchschnittliche Rindfleischexporte von 2016 bis 2019

Abschaffung des Zollsatzes für die Hilton-Quote für Rindfleischlieferungen

Zusätzlich zum neuen Zollkontingent für Rindfleisch aus den Mercosur-Ländern soll für die Hilton-Quote für hochwertige Rindfleischlieferungen der Zollsatz von aktuell 20 Prozent für die Mercosur-Länder abgeschafft werden. Der Anteil der Mercosur-Länder an der Hilton-Quote macht aktuell 40 bis 45 Prozent der 67.000 Tonnen aus. Die anderen Länder – Neuseeland, Australien, Kanada und die USA – müssen weiterhin für ihren Anteil an der Hilton-Quote den Zollsatz von 20 Prozent zahlen. (Grieger 2019)

Milchprodukte für den Mercosur

Der Milchsektor wurde erst in letzter Minute in das EU-Mercosur-Abkommen aufgenommen (El Pais Rurales 2019). Für den Milchsektor wurde im Freihandelsvertrag des Abkommens eine gegenseitige und zollfreie Marktöffnung vereinbart von jährlich 30.000 Tonnen Käse, 10.000 Tonnen Milchpulver und 5.000 Tonnen Säuglingsnahrung (Ghiotto und Echaide 2020). Die derzeitigen Zölle sollen für die Kontingente innerhalb von zehn Jahren nach Ratifizierung des Abkommens auf null gesenkt werden, damit sich der Sektor an den Wettbewerb von Übersee anpassen kann. Das Zollkontingent von 30.000 Tonnen Käse pro Jahr entspricht etwa der zehnfachen Menge, die aktuell in den Mercosur exportiert wird (Topagrar 2019). Es ist davon auszugehen, dass die exportorientierten Molkereien der EU unter der festgelegten Quote in den Mercosur vor allem Gourmet-Käse exportieren werden (Portalechero 2019). Die Molkereien sind besonders daran interessiert, mit ihren Käsesorten in Brasilien Fuß zu fassen (El Pais Rurales 2019).

Mit Einführung dieses Freihandelsabkommens würden außerdem die Zölle von Butter um 30 Prozent gesenkt werden und von Joghurt um 50 Prozent (Eucolait 2019).

Soja für die EU

Wenn das EU-Mercosur-Abkommen ratifiziert wird, werden bestehende Exportsteuern des Mercosur für Sojaprodukte eliminiert. Damit werden Futtermittel aus dem Mercosur für die EU-Industrie noch günstiger (EU-Kommission 2019d) und die Importmengen aus dem Mercosur werden mit hoher Wahrscheinlichkeit ansteigen. Soja kann bereits zollfrei in die EU importiert werden (INKOTA 2012).

Weitere Marktöffnungen möglich

Gemäß Baltensperger et al. ist in dem Landwirtschaftskapitel des EU-Mercosur-Handelsvertrags außerdem die Voraussetzung geschaffen worden, um künftig auch Marktöffnungen für weitere Güter als die bisher beschlossenen zu ermöglichen. Dadurch können in Zukunft die Zölle innerhalb der Quoten gesenkt und die Quotenmengen erhöht werden (Baltensperger und Dadush 2019). Somit könnten zum Beispiel die Rindfleischimporte nachträglich erhöht werden, und die gegenseitige Marktöffnung für Milchprodukte könnte erweitert werden. Diese im Vertrag verankerte Option könnte dann angewendet werden, wenn mögliche Qualitätsanforderungen steigen oder eingefordert werden. Der Rindfleischstreit⁷ wurde dadurch beigelegt, dass die EU ihren Markt für ausschließlich für hormonfreies Fleisch geöffnet hat.

⁷Mit dieser Quote schlichtete die EU einen langjährigen Streit vor der WTO, denn die EU wollte und will derzeit nur Fleisch importieren, das ohne Hormone oder hormonähnliche Substanzen importiert wird. Dafür musste sie ihre Märkte weiter öffnen. Diese Quote teilten sich zuvor die USA, Neuseeland, Australien, Argentinien, Uruguay und Kanada.

4 Nachhaltigkeit des Agrarhandels zwischen EU und Mercosur

Die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben 2015 mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (UN General Assembly 2015) zugesagt, bis 2030 die darin formulierten 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs oder Nachhaltigkeitsziele) zu erfüllen. Die meisten Nachhaltigkeitsziele haben klare Bezüge zur Landwirtschaft.

Das EU-Mercosur-Abkommen hat auch zum Ziel, gemeinsame Werte im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu stärken (EU-Kommission 2020a). Es beinhaltet daher, wie seit zehn Jahren in Handelsabkommen der EU üblich, ein Kapitel zu *Handel und nachhaltiger Entwicklung*, kurz Nachhaltigkeitskapitel (*Trade and Sustainable Development Chapter*, TSD).

Um die Nachhaltigkeit des Abkommens zu bewerten, gab die EU-Kommission Nachhaltigkeitsprüfungen in Auftrag. Eine handelsbezogene Nachhaltigkeitsprüfung wurde 2009 veröffentlicht, 2011 eine Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen des Abkommens sowie eine Folgenabschätzung mit Schwerpunkt auf der Landwirtschaft (EU-Kommission 2019c). Im Juli 2020 wurde eine finale Version einer zweiten handelsbezogenen Nachhaltigkeitsprüfung (*Trade Sustainability Impact Assessment - SIA*) veröffentlicht. (EU-Kommission 2020g).

Nachhaltigkeit im Handelsteil

Der Handelsteil des Assoziierungsabkommen zwischen EU und Mercosur enthält neben dem Nachhaltigkeitskapitel auch ein Kapitel über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPS-Kapitel), welches für den Handel mit Agrargütern relevant ist.

Das Nachhaltigkeitskapitel hat zum Ziel, eine nachhaltige Entwicklung bei den Handels- und Investitionsbeziehungen einzubeziehen. Dabei spielen besonders Umweltaspekte und Arbeitsrechte eine wichtige Rolle (EU-Kommission 2019g). Das Nachhaltigkeitskapitel beinhaltet die Bekenntnisse der Länder zur Erreichung ihrer Klimaziele im Rahmen des Pariser Klimaabkommens sowie zur Ratifizierung und Umsetzung der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur sozialen Gerechtigkeit und fairen Globalisierung von 2008. Auch das Bekenntnis zur Erklärung über grundlegende Arbeitsrechte der ILO von 1998, wozu die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit und der Diskriminierung in der Beschäftigung und die Vereinigungsfreiheit gehört, sind hier zu finden. Allerdings ist das Nachhaltigkeitskapitel von Handelssanktionen ausgeschlossen. Die Angelegenheiten sind vom regulären Streitbeilegungsmechanismus ausgenommen und nicht einklagbar (Greenpeace 2020c). Bei Konflikten zu Inhalten des Nachhaltigkeitskapitels kann jede Partei formelle Regierungskonsultationen beantragen. Es sind dann zwei Konsultationsstufen festgelegt. Falls keine Einigung in Regierungskonsultationen erfolgt, wird ein internationales ExpertInnengremium eingesetzt. Die Berichte und Empfehlungen des Sachverständigenausschusses müssen veröffentlicht und Maßnahmen dazu innerhalb von 90 Tagen nach der Veröffentlichung des Berichts getroffen werden.

Das SPS-Kapitel hat zum Ziel, das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie deren Gesundheit in den Gebieten der jeweiligen Handelsparteien zu schützen und gleichzeitig Handelsbarrieren durch besondere Maßnahmen in diesen Bereichen zu beseitigen (EU-Kommission 2019g). Hier ist besonders darauf hinzuweisen, dass das in der europäischen Gesetzgebung geltende Vorsorgeprinzip in Bezug auf Gesundheit oder Umwelt, welches auch bei unsicherer Datenlage im Falle eines möglichen Risikos in diesen Bereichen verlangt, adaptive und restriktive Maßnahmen zu ergreifen,

nicht in diesem Kapitel enthalten ist. Dies kann beispielsweise zum verstärkten Import von Produkten führen, die mit Pestiziden belastet sind, auch wenn diese in der EU bisher verboten sind (Greenpeace 2020c).

Unverbindliche Absichtserklärung im Assoziierungsteil

Auch im Assoziierungssteil des Abkommens wird in einem eigenen Abschnitt auf die Kooperation zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele eingegangen.⁸ Allerdings handelt es sich fast ausschließlich um unverbindliche Absichtserklärungen, die Zusammenarbeit zum Beispiel im Bereich Klimaschutz zu stärken. Auch diesbezüglich sind keine restriktiven Maßnahmen oder Sanktionen vorgesehen (Trade Leaks 2020). Zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren deshalb den Mangel an Verbindlichkeit und Durchsetzungsfähigkeit der Umwelt- und Klimaschutzaspekte. Diese sind keine *essential elements* (wesentliche Elemente) des Abkommens und daher nicht sanktionsfähig (Greenpeace 2020a).

Die Nichteinhaltung von *essential elements* des Abkommens, zum Beispiel in Falle von Missachtung der Menschenrechte, demokratischer Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit oder die Nichteinhaltung bestehender Verpflichtungen zu internationalen Verträgen zur Entwaffnung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, können zu einer Aussetzung des Abkommens oder von Teilen des Abkommens, auch des Freihandelsteils, führen.

Vertragsstaaten können regulierende Rechtsvorschriften für den Umweltschutz ergreifen

Umweltschutz wird in der Präambel des Assoziierungsabkommens als legitimes politisches Ziel (*legitimate policy objective*) genannt, das somit durch das Regulierungsrecht geschützt ist. Die Vertragsparteien dürfen in ihren Staatsgebieten in den Bereichen der legitimen Ziele zusätzliche regulierende Maßnahmen ergreifen (Trade Leaks 2020). Vertragsparteien können jedoch über dieses Regulierungsrecht nicht die Einfuhr von Gütern regulieren, die in anderen Staatsgebieten die Umwelt belasten.

Im Folgenden werden die Auswirkungen des EU-Mercosur-Abkommens auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele in den Vertragsstaaten beschrieben. Gegenstand der Untersuchung sind die zentralen Agrarhandelsgüter Rindfleisch, Milcherzeugnisse und Soja.

4.1 Ziel 1: Keine Armut



Mit der Agenda 2030 hat sich die internationale Staatengemeinschaft das Ziel gesetzt, Armut in allen Formen und überall auf der Welt bis 2030 zu beenden (UN 2018). Extreme und existenzbedrohende Armut soll überall überwunden werden und der Anteil der Menschen, die in Armut leben, soll mindestens um die Hälfte sinken. Dabei soll bis 2030 sichergestellt werden, dass Männer und Frauen die gleichen Rechte und Zugang zu grundlegenden wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen wie Grund und Boden haben (Ziel 1.4).

Das EU-Mercosur-Abkommen kann das Ziel 1 der Agenda 2030 beeinflussen, indem es Einkommen und Ressourcenzugänge in den Mercosur- und EU-Staaten verändert. Dabei nimmt es über die Ausrichtung des Agrarhandels Einfluss auf die gerechte Verteilung des Zugangs zu Land und natürlichen Ressourcen für bäuerliche Betriebe. Besonders die Industrialisierung der Rinderzucht und des So-

⁸ zum Beispiel Art. 30;2e oder 45;1

jaanbaus in den Mercosur-Staaten steht im Zusammenhang mit der Verdrängung bäuerlicher Betriebe und Schwierigkeiten in der Einkommenssicherung der ländlichen Bevölkerung. Der Abbau der Exportzölle durch das Abkommen könnte zudem zu einer Kürzung öffentlicher Gelder führen (Ghiotto und Echaide 2020).

Verdrängung von bäuerlicher Landwirtschaft durch zunehmende Industrialisierung im Sojaanbau

Da der Sojaanbau auf kleinen Flächen nicht gewinnbringend ist, bauen vor allem große, hochindustrialisierte ProduzentInnen Soja auf Feldern von mehr als 1.000 Hektar an; die größten ProduzentInnen verfügen über Flächen von mehr als 100.000 Hektar. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft bewirtschaftet meist Äcker von fünf bis zehn Hektar (Germanwatch 2020). Dabei besitzen in Brasilien 1 Prozent der Bevölkerung 45 Prozent des Landes. Der Sojaanbau in Brasilien wird auf diese Weise von wenigen wirtschaftlichen Großbetrieben kontrolliert. Das erhöht den Druck auf Kleinbauern und -bäuerinnen, die – oft ohne offiziellen Nachweis über ihr Land – von diesem vertrieben werden (USAID 2011). Die zunehmende Industrialisierung der Sojaproduktion in den Mercosur-Ländern hat zu einer starken Monopolisierung des Anbaus sowie des Saatgut- und Agrarchemikalienmarktes geführt. Die größten Konzerne ADM, Bunge, Cargill, Louis Dreyfus (zusammen abgekürzt als ABCD) kontrollierten bis 2004 bereits 80 Prozent der weltweiten Sojaproduktion. Globale Großkonzerne kontrollieren oft fast alle Schritte der Handelskette von Saatgut, Pestizide, Produktion bis Verarbeitung und Handel (EcoNexus 2013).

Verschärfte Abhängigkeiten der LandwirtInnen von der Agrarchemieindustrie

Der Großteil des in den Mercosur-Ländern angebauten Sojas ist genmodifiziert, zu 88 Prozent in Brasilien und bis zu 99 Prozent in Uruguay und Argentinien. Dies hat einen hohen Pestizidverbrauch mit Anwendungszahlen von bis zu 16-mal pro Pflanzenzyklus zur Folge. Außerdem wird so die Abhängigkeit zwischen Anbauenden und Agrochemiekonzernen verstärkt, da das Saatgut auch spezifische Pestizide benötigt. Dabei kontrollieren die fünf Konzerne Bayer (2016 fusioniert mit Monsanto), BASF, Dow und Syngenta global 69,5 Prozent des globalen Agrarchiemarktes und mehr als die Hälfte des brasilianischen Agrarchiemarktes. Der Anteil von Saatgut und Agrarchemikalien an den Produktionskosten beträgt zwischen 37 und 47 Prozent (Oliveira und Hecht 2016).

Geschlechterspezifisch ungleicher Zugang zu wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen

Das in Ziel 1.4 formulierte Ziel des gleichen Zugangs zu Ressourcen und Land für Männer und Frauen könnte durch das Abkommen weiter verschlechtert werden. Einer Befragung zufolge sind nur elf Prozent des Landes in Brasilien in Besitz von Frauen (Deere und Leon 2003), was mit maßgeblichen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Krediten und Krisenentschädigung sowie der Bezahlung fairer Löhne verbunden ist. Das SIA prognostiziert keine Zunahme von weiblicher Arbeit in der Landwirtschaft (SIA 2020). Die Verstärkung des freien Handels in Brasilien in den 1990er-Jahren hat dazu geführt, dass Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verstärkt wurden, da vorwiegend männlich dominierte Sektoren profitierten und dies zum Jobverlust von Frauen in Bereichen ungelernter Arbeit führte. Freihandel kann zudem die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Frauen im informellen Sektor arbeiten und mehr unbezahlte Arbeit im Haushalt leisten (Goldberg und Pavcnik 2003). Zudem könnte die im Abkommen festgelegte Senkung von Exportsteuern in Bezug auf Soja in Argentinien (aktuell 33 Prozent), Uruguay (5,4 Prozent) und Paraguay (10 Prozent) dazu führen, dass es zu Kürzungen der öffentlichen Ausgaben in Sektoren kommt, in denen besonders Frauen arbeiten, und zudem soziale Einrichtungen, welche Frauen schützen und unterstützen sollen, weniger Förderung erhalten (SIA 2020). Diese Aspekte sind eng verknüpft mit dem Ziel 6 zur Geschlechtergerechtigkeit und dem ZIEL 10 zur Reduktion von Ungleichheiten.

Von der Abschaffung der Exportsubventionen in Argentinien, Uruguay und Paraguay und dem prognostizierten Anstieg der Sojaexporte profitieren vor allem exportorientierte Großbauern und -bäuerinnen. Marginalisierte Gruppen wie indigene Gemeinschaften wirtschaften selten exportorientiert, sondern sind von dem Zugang zu natürlichen Ressourcen und Land als Subsistenzgrundlage abhängig. Die zunehmende Marktkonzentration und -expansion verschärft den Druck auf ihre Landrechte und erhöht das Armutsrisiko (Hinojosa 2009). Das steht es im Gegensatz zu dem in Ziel 1 formulierten Ziel, Armut zu beenden.

Konflikte um Landrechte

Immer wieder wird von gewalttätigen Einschüchterungsversuchen gegenüber Kleinbauern und Kleinbäuerinnen im Zusammenhang mit den Interessen von landwirtschaftlichen Großkonzernen berichtet (Reporter Brasil 2019). Sogenannte *grilheiros* (LandräuberInnen) versuchen nach Berichten von NRO durch gefälschte Landzertifikate die lokale Bevölkerung von ihrem Land zu vertreiben, damit sie dieses profitabel an Großkonzerne verkaufen können (FIAN 2017). Die Organisation *Comissão Pastoral da Terra* (CPT) registrierte im ländlichen Raum Brasiliens im Jahr 2018 995 Konflikte, unter denen besonders LandarbeiterInnen, Kleinbauern und -bäuerinnen und indigene Gemeinschaften leiden. Die Agrarindustrie im Zusammenhang mit Viehzucht und insbesondere Soja-Monokulturen war 2017/18 bei 60 Prozent der Streitfälle in Brasilien die Konfliktursache (CPT 2020). Auch Human Rights Watch dokumentiert Gewalt gegen Indigene, die lokale Bevölkerung und Beamte durch kriminelle Netzwerke im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung im Amazonas-Gebiet. Die Bolsonaro-Regierung kürzte drastisch das Budget von Umweltbehörden zur Überwachung dieser Gebiete und trägt so zur Verstärkung dieser Konflikte bei (Human Rights Watch 2020).

4.2 Ziel 2: Kein Hunger



Die internationale Staatengemeinschaft hat sich vorgenommen, bis 2030 den weltweiten Hunger zu beenden und sicherzustellen, dass alle Menschen auch in prekären Situationen Zugang zu nährstoffreicher und angemessener Nahrung haben. Dabei spielt insbesondere die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und des Einkommens von marginalisierten Gruppen wie indigenen Gemeinschaften und landwirtschaftlichen Familienbetrieben eine entscheidende Rolle. Dies soll über einen sicheren und gleichberechtigten Zugang zu Grund und Boden, Produktionsressourcen und Möglichkeiten zur Wertschöpfung gelingen (Ziel 2.3). Des Weiteren sollen auch die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sichergestellt und die Resilienz landwirtschaftlicher Methoden gefördert werden (UN 2018).

Der Anteil von mittlerer oder gemäßigter Ernährungsunsicherheit lag zwischen 2017 und 2019 in Argentinien bei 35,8 Prozent, in Brasilien bei 20,6 Prozent und in Uruguay bei 23,2 Prozent. Dies bedeutet in allen Ländern einen Anstieg im Vergleich zu der Periode von 2014 bis 2016. Währenddessen lag die mittlere oder gemäßigte Ernährungsunsicherheit im gesamteuropäischen Durchschnitt im Zeitraum von 2017 bis 2019 bei 7,9 Prozent (FAO 2020).

Das Mercosur-Handelsabkommen verändert die wirtschaftlichen Bedingungen für landwirtschaftliche Betriebe in den EU- und Mercosur-Staaten. Ohne entsprechende Schutzmaßnahmen wird der Druck auf landwirtschaftliche Familienbetriebe und indigene Gemeinschaften und deren Land signifikant erhöht, was deren Produktivitätssteigerung gefährdet (Ziel 2.3).

Praktiken der exportorientierten industriellen Landwirtschaft können sich negativ auf die Nachhaltigkeit des Ernährungssystems auswirken. Dies zeigt auch das Beispiel Paraguays, dessen Agrarsektor etwa 25 Prozent zum BIP beiträgt. Nur 2 bis 3 Prozent der Bevölkerung sind hier im Besitz von 60 bis 80 Prozent des Landes. Eine exportorientierte Entwicklungsstrategie der Regierung in den vergangenen Jahren hat dafür gesorgt, dass fast eine halbe Million Kleinbauernfamilien keinen Zugang zu Land hat. In Paraguay werden aktuell nur 6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche für die inländische Nahrungsmittelproduktion genutzt, während 94 Prozent für Exportkulturen bewirtschaftet werden. Zeitgleich waren 2019 12 Prozent der Bevölkerung im Land unterernährt (SIA 2020). Das Freihandelsabkommen könnte sich negativ auf den Landbesitz von Kleinbauern und -bäuerinnen auswirken, die Nahrungsmittel für den heimischen Markt produzieren.

Viele Sojakonzerne beziehen sich auf ihren positiven Beitrag zur Erfüllung des zweiten SDG, da sie mit ihrer Produktion zur globalen Lebensmittelversorgung beitragen (Siegel und Lima 2020). Allerdings werden weniger als 6 Prozent der weltweiten Sojaproduktion direkt als Nahrung konsumiert, der Großteil wird als Futtermittel in der Viehzucht verwendet (Oliveira und Hecht 2016). Die Sojaimporte der EU erfordern aktuell eine Produktionsfläche von circa 13 Millionen Hektar, vorwiegend in Brasilien und Argentinien. Diese Anbaufläche hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht (BMZ 2019). Die exzessive Praxis des Sojaanbaus in den Mercosur-Staaten ist häufig mit negativen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit verbunden. Das geplante Handelsabkommen verfehlt durch regulierende Umweltschutz-Maßnahmen und soziale Rahmenbedingungen, positiven Einfluss zu nehmen. Argentinien hat bisher einen wesentlichen Teil der staatlichen Sozialausgaben durch die Exportsteuern, besonders auf Soja, finanziert. Soweit diese durch das Freihandelsabkommen wegfallen, sind als Folge erhebliche Kürzungen im Sozial- und Gesundheitswesen zulasten armer Bevölkerungsgruppen zu erwarten.

Unzureichender Schutz der Landrechte indigener Gemeinschaften

Eine weitere besonders vulnerable und armutsgefährdete Gruppe sind indigene Gemeinschaften. Mehr als zwei Millionen indigene Menschen leben in den Mercosur-Staaten (ECLAC 2014). Die indigene Bevölkerung ist besonders betroffen von Landenteignung (Notess und Veit 2018) durch landwirtschaftliche Aktivitäten der GroßgrundbesitzerInnen und dem Ausbau von Infrastruktur. In Brasilien hat in zwei Bundesstaaten in den letzten zehn Jahren allein die Ausbreitung von Soja-Monokulturen zur Vertreibung von 2,8 Millionen Menschen geführt (PowerShift 2020a) und dies trifft, wie unter Ziel 1 angeführt, besonders vulnerable Gruppen, wie Kleinbauern und -bäuerinnen und indigene Gemeinschaften. Durch erhebliche Mittelkürzungen durch die Regierung unter Jair Bolsonaro wird die für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen mit Bezug zu indigenen Völkern zuständige brasilianische Behörde (FUNAI) in ihrer Arbeit behindert (Blickpunkt Lateinamerika 2017). Illegale Wilderer nutzen die erschwerte rechtliche Überwachung der Gebiete durch die COVID-19-Krise, um tiefer in die Territorien der Indigenen einzudringen (Mongabay 2020). Es liegen zahlreiche Beispiele vor, in denen die brasilianische Regierung die Rechte von Indigenen missachtete und gegen ihren Widerstand infrastrukturelle Projekte, wie die Staudämme von São Manoel oder das Tapajós-Staudammprojekt, beschloss. Auch in Argentinien gibt es aktuell keinen juristischen Mechanismus zur Klärung von Landkonflikten für Indigene (SIA 2020).

Das Freihandelsabkommen und der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung

Der von der UN zum Schutz indigener Rechte festgelegte *free, prior and informed consent* (freier vorheriger und informierter Konsens), welcher die Konsultation und Teilhabe indigener Gemeinschaften an Entscheidungen sicherstellt, ist im Abkommen nur in unzureichender Form als informierte

vorherige Zustimmung verankert. Das Abkommen sieht keine Einbeziehung indigener Gemeinschaften in die Entscheidungsfindungsprozesse, sondern lediglich ihre finale Zustimmung, vor und die Landrechte der Indigenen werden im Abkommen nicht geschützt (Hinojosa 2009).

4.3 Ziel 3: Gesundheit



Bis 2030 will die internationale Staatengemeinschaft gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern. Dabei will sie bis 2030 auch die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern (Ziel 3.9) (UN 2018). Der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft in den EU- und Mercosur-Staaten ist mit erheblichen Gesundheitsrisiken für den Menschen

verbunden. Eine Ausweitung von Soja-Monokulturen in den Mercosur-Staaten, welche mit einem besonders hohen Pestizidverbrauch verbunden ist, wird durch das Abkommen gefördert. Der großflächige Einsatz von Pestiziden, der auch für den Menschen gefährlich ist, wird durch das Handelsabkommen aktuell nicht eingedämmt, da unter anderem die feste Verankerung des Vorsorgeprinzips im SPS-Kapitel sowie wirksame Importkontrollen fehlen (Ghiotto und Echaide 2020). Dadurch nimmt auch die Gefahr von Gesundheitsrisiken durch importierte Lebensmittel in der EU ganz erheblich zu. Zudem will das Handelsabkommen Zölle auf Pestizide komplett abschaffen. Die EU-Mitgliedstaaten mit deutschen Firmen, wie Bayer und BASF, exportierten 2019 Pestizide im Wert von mehr als 915 Millionen Euro in den Mercosur, viele der exportierten Wirkstoffe sind in der EU verboten (PowerShift 2020b).

Gefährlicher Pestizideinsatz beim Sojaanbau

Der industrielle Sojaanbau ist mit einem großen Einsatz von Pestiziden verbunden, insbesondere der Einsatz des fast ausschließlich in den Mercosur-Staaten verwendeten gentechnisch veränderten Saatguts (Ghiotto und Echaide 2020). Brasilien verbraucht circa eine Million Tonnen Pestizide pro Jahr und ist damit der drittgrößte Verbraucher weltweit (PowerShift 2020b). 20 Prozent der in Brasilien verkauften Pestizide gelten laut dem Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) als hochgefährlich auch für die menschliche Gesundheit. Im Süden Brasiliens werden auf großen Agrarbauflächen zwischen 12 und 16 Kilogramm Pestizide jährlich pro Hektar eingesetzt, im Vergleich dazu sind es in der EU nur rund 1 Kilogramm (Deutsche Welle 2019). Unter den Pestiziden sind auch 150, die in der EU verboten sind. Zwischen Januar und Oktober 2019 erteilte die brasilianische Regierung unter Bolsonaro 382 weiteren Pestiziden die Marktzulassung (Human Rights Watch 2020). Viele dieser Pestizide sind in der EU wegen ihrer Gefährdung für die menschliche Gesundheit verboten. In Brasilien starben zwischen 2008 und 2017 mehr als 7.200 Menschen durch Pestizidvergiftungen (Fritz 2020). Einer der Hauptwirkstoffe von Pestiziden, Glyphosat, wird von der WHO als wahrscheinlich karzinogen für den Menschen eingestuft und mit weiteren hohen Gesundheitsrisiken assoziiert. Durch die großflächige Anwendung, auch durch Sprühen mit Flugzeugen aus der Luft, verbreitet es sich großflächig in der Umwelt. Diese Technik ist in der EU verboten. Infolge landwirtschaftlicher Expansionen sind besonders indigene Gemeinschaften, wie die Mapuche in Argentinien, durch die Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser mit Ackergiften und von gesundheitlichen Folgen bedroht (SIA 2020). Die EU verstößt auch dann gegen ihre eigenen Umwelt- und Menschenrechtsstandards, wenn sie in Europa verbotene Giftstoffe in andere Länder exportiert – zumal deren großflächiger unsachgemäßer Einsatz dort vielfach und eindeutig belegt ist.

4.4 Ziel 6: Sauberes Wasser



Ein weiteres Nachhaltigkeitsziel der internationalen Staatengemeinschaft ist es, die Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle zu gewährleisten. Dazu gehört, dass bis 2030 alle Menschen einen gerechten Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser haben (Ziel 6.1). Auch die Wasserqualität soll durch die Verringerung der Verschmutzung durch Chemikalien weltweit verbessert werden (Ziel 6.3). Außerdem soll bis 2030 die Effizienz der Wassernutzung in allen Sektoren wesentlich steigen, um so die Zahl der unter Wasserknappheit leidenden Menschen zu verringern (Ziel 6.4). Dafür sollen wasserverbundene Ökosysteme wie Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Flüsse und Seen geschützt werden (Ziel 6.6) (UN 2018).

Der industrielle Agrarsektor in den Mercosur-Staaten verschlechtert in vielen Regionen durch seinen hohen Pestizideinsatz und die Transformation von Ökosystemen in Monokulturen oder Weideflächen signifikant die Verfügbarkeit und die Qualität des Wassers.

Der für den industriellen Sojaanbau nötige hohe Pestizideinsatz verschmutzt lokale Gewässer und ist eine Gefahr für deren ökologisches Gleichgewicht sowie für den Zugang der Bevölkerung zu sauberem Trinkwasser. Neben dieser Verunreinigung kann intensiver Anbau in Monokulturen Auswirkungen auf die umgebende regionale Hydrologie und die Fließgewässerdynamik sowie die Wassertemperatur haben (Neill et al. 2017): Die Zerstörung einheimischer Vegetation für Sojaplantagen im Cerrado nimmt erheblichen Einfluss auf den natürlichen Wasserhaushalt der Region und wird auch mit vermehrten Dürreperioden und verändertem Fließverhalten assoziiert. Die Entwaldung im Cerrado steht im Zusammenhang mit einem Rückgang der jährlichen Niederschläge um acht Prozent in den letzten 30 Jahren (Chain Reaction 2018). Die US-Agentur für Internationale Entwicklung (USAID) warnt davor, dass die Ausweitung von Sojaplantagen in Brasilien auch das Pantanal, das größte Feuchtgebiet der Erde und eine bedeutende Quelle für sauberes Trinkwasser, bedroht (USAID 2011). Der erhöhte Druck auf die Wasserressourcen führt zu Konflikten zwischen Bauern und Bäuerinnen und der lokalen Bevölkerung (Noticias Agrícolas 2017). Das Abkommen in der jetzigen Form wird die bereits jetzt von schädlichen Monokulturen und Entwaldung geprägte Landbewirtschaftung und deren negative Folgen auch für das Ziel 6 verstetigen.

4.5. Ziel 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum



Ziel 8 der internationalen Staatengemeinschaft ist es, bis 2030 ein dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle zu fördern. Dazu gehören auch wirksame Maßnahmen gegen Zwangsarbeit und Kinderarbeit (8.7) und der Schutz der Arbeitsrechte insbesondere von Menschen in prekären Situationen (8.8). Der Agrarsektor ist in der EU und besonders in den Mercosur-Staaten ein wichtiger Arbeitgeber. Im Agrarsektor kommt es zudem aktuell in den Mercosur-Staaten

immer wieder zu Verstößen gegen ArbeiterInnenrechte, zum Beispiel in Brasilien. Im EU-Mercosur-Abkommen bekennen sich die Vertragsparteien zu den ILO-Konventionen von 1998 und 2008. Wenn dieses Bekenntnis durch eine wirksame Überwachung und die Sanktionierung von Verstößen kon-

kretisiert wird, könnte sich die Situation der in der Landwirtschaft beschäftigten verbessern. Außerdem kann das Abkommen nach Prognosen des SIA (2020) zu einem leicht positiven Wirtschaftswachstum beitragen. Von diesem Wachstum profitieren vorwiegend bestimmte Sektoren, die Industrie in Europa und die Landwirtschaft in den Mercosur-Staaten. Während andere Sektoren von der steigenden Konkurrenz durch das Abkommen geschwächt werden.

Laut SIA kann das Abkommen nach konservativen Berechnung zu einer leichten Lohnsteigerung (0,2 Prozent) in der EU und in den Mercosur-Staaten (zwischen 0 Prozent in Brasilien und 0,4 Prozent für ungelernte ArbeiterInnen in Uruguay) führen. In einem ambitionierten Szenario könnte es in Einzelfällen zu einer Lohnsteigerung von bis zu 2,3 Prozent beitragen (SIA 2020).

Verstöße gegen Arbeitsrechte in Brasilien

Brasilien verstößt nach Einschätzungen der *International Trade Union Confederation* (ITUC) gegen Arbeitsstandards, untergräbt Tarifverhandlungen oder behindert die Arbeit von Gewerkschaften. Brasilien zählt 2020 zu den zehn Ländern weltweit mit den schlechtesten Bedingungen für ArbeitnehmerInnen (ITUC 2020). Brasilien hat die ILO-Konvention 87 zur Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts noch nicht ratifiziert (Alvarez-Alonso 2020). Im Nachhaltigkeitskapitel wird auf die Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Konventionen Bezug genommen. Dieses Kapitel ist nicht sanktionsfähig: Im Konfliktfall sollen in Bezug auf Arbeitsrechte Konsultations- und Kooperationsmechanismen unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen greifen. Generell verweist das SIA darauf, dass die positiven Effekte auf Arbeitsbedingungen durch Freihandelsabkommen in der Vergangenheit gering waren (Ghiotto und Echaide 2020).

Gefährdung der Diversifizierung

Das Abkommen fördert, wie bereits gezeigt, besonders den Export von Agrarrohstoffen aus den Mercosur-Staaten in die EU. Dadurch behindert es die wirtschaftliche Diversifizierung der Region. Auch der Handel zwischen den Mercosur-Ländern könnte sich verändern. Aktuell exportiert Argentinien 20 Prozent seiner Produkte in die Mercosur-Staaten (16 Prozent allein nach Brasilien), dies könnte durch die Europäische Konkurrenz erschwert werden. In Argentinien wären so nach einer Studie der Universidad Metropolitana (2017) 186.000 Arbeitsplätze im Industriesektor gefährdet. Argentinien hat auch eine lange Tradition in der Herstellung von Käse und über 700 Produktionsstätten, in denen zum Teil auch die durch das Abkommen geografisch geschützten Käsesorten hergestellt werden. Das Abkommen wird den Wettbewerb mit europäischen KäseproduzentInnen verschärfen. Das könnte die Arbeitsplätze von den 60.000 Menschen, die direkt oder indirekt in diesem Bereich beschäftigt sind, gefährden (Ghiotto und Echaide 2020).

Das Abkommen wirkt sich auf die Preispolitik aus und intensiviert den Wettbewerbsdruck

Die Marktöffnung für Agrarrohstoffe aus den Mercosur-Ländern mag relativ gering erscheinen. Verglichen mit der durchschnittlichen Produktionsmenge von 2016 bis 2019 machen die zusätzlichen Quotenmengen von 99.000 Tonnen Rindfleisch einen Anteil von 1,4 Prozent aus. Das kann allerdings in einem übersättigten Markt eine preissenkende Wirkung entfalten. Bei einem Selbstversorgungsgrad von 107 Prozent wird in der EU mehr Rindfleisch produziert als verbraucht. Preisgünstigere Importe aus Argentinien und Brasilien treten insbesondere mit dem europäischen Segment Qualitäts-Rindfleisch in Konkurrenz. Damit wird eine klimaverträgliche und tierwohlgerechte Weidefleischherzeugung in der EU, die von Bäuerinnen und Bauern sowie Gesellschaft politisch gewollt ist, stark unter Druck gesetzt.

Auswirkungen auf die Wirtschaft am Beispiel des Milchsektors im Mercosur

Die agrarpolitische Exportstrategie sorgt im Sinne der Milchindustrie dafür, dass die EU sich auf dem weltweiten Milchmarkt behaupten kann. Sie ist auf dem Weltmarkt der größte Exporteur von Käse und Magermilchpulver sowie nach Neuseeland zweitgrößter Exporteur von Butter/Butteröl und Vollmilchpulver (EU-Kommission 2020h). Gerade am Beispiel Milch wird deutlich, dass die steigenden Exporte – wie in dieser Studie skizziert – nicht automatisch zu einer höheren Wertschöpfung auf den Höfen führt. Vielmehr sind die Preise der ErzeugerInnen massiv unter Druck und decken nicht die Kosten für die Milchproduktion (MEG 2020). Das lässt den Schluss zu, dass das EU-Mercosur-Abkommen die europäische Exportstrategie im Milchsektor forciert und dadurch den Kostensenkungsdruck bei den Betrieben in Deutschland und auch EU-weit noch verstärken könnte.

Die brasilianische Milchbauernbewegung *Construindo Leite Brasil* steht den steigenden Milchimporten aus der EU, die bei einer Ratifizierung des Abkommens zu erwarten sind, kritisch gegenüber. Die MilcherzeugerInnen agieren in einem sehr angespannten nationalen Milchmarkt. Die Regierungen haben in der Vergangenheit Steuern etwa auf Futtermittel und Maschinen erhoben, wodurch die Produktionskosten gestiegen sind. Die ErzeugerInnen mussten drastische Gewinneinbußen hinnehmen, sodass es immer schwieriger wird, die Bauernhöfe zu erhalten. Das EU-Mercosur-Abkommen dürfte die Existenznot vieler Milchbetriebe zusätzlich durch steigende billige Importen aus der EU vergrößern (Thomsen 2020).

Wirtschaftliche Folgen für Milchviehbetriebe in Deutschland

Die Tabelle 6 verdeutlicht, dass auch im Milchsektor die Exportstrategie nicht automatisch zu einer Wertschöpfung bei den Milchviehbetrieben in Deutschland führt, die unter der stetigen unzureichenden Kostendeckung leiden. Ähnlich dramatisch stellt sich die Situation für die Milchbetriebe in anderen europäischen Ländern dar. Von der Exportstrategie profitieren vorwiegend die exportorientierten Molkereien. Sie können ihre Umsätze durch höhere Ausfuhrmengen steigern.

Tabelle 6: Kosten für die Milcherzeugung und Milchpreis in Deutschland im Vergleich. 2014 bis April 2020. Quelle: MEG 2020

Jahr/Quartalswert	2014	2015	2016	2017	2018	2019	Jan. 2020	April 2020
Milcherzeugungskosten (in Cent/kg)	44,39	41,20	42,44	43,17	45,57	47,44	45,93	46,76
Milchauszahlungspreis (in Cent/kg)	38,78	30,53	27,93	37,40	35,60	33,70	33,24	32,68
Preis-Kosten-Ratio	0,87	0,74	0,66	0,87	0,78	0,71	0,72	0,70

4.7 Ziel 13: Klimawandel



Ziel 13 der internationalen Staatengemeinschaft ist es, umgehend Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen. Dazu zählt auch, Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken und Strategien einzubeziehen (Ziel 13.2) (UN 2018). Zudem wurde im Pariser Klimaabkommen 2015 von den Staaten beschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Die EU-Staaten sind mit ihren Konsum- und Produktionsmustern für einen global überdurchschnittlichen Treibhausgasausstoß verantwortlich. Ebenso tragen die Agrarindustrie sowie die industrielle Tierhaltung als Verursacher von Entwaldung in den Mercosur-Ländern zur Emission von Treibhausgasen bei und beeinflussen so den Klimawandel. Das SIA (2020) schätzt, dass es infolge des Abkommens zu einer geringen Reduktion der Treibhausgase in der EU, allerdings zu einem Anstieg in den Mercosur-Staaten kommt. Dabei verändert sich vor allem die Zusammensetzung der ausgestoßenen Treibhausgase in den Regionen, sodass das SIA von einem geringen Effekt auf den Gesamt-Treibhausgasausstoß ausgeht. Nichtregierungsorganisationen warnen hingegen vor einem Anstieg des Treibhausgasausstoßes infolge des Abkommens. Im Abkommen bekennen sich die Vertragsparteien zwar zu den Pariser Klimazielen, konkretisieren dieses nicht sanktionierbare Bekenntnis jedoch nicht.

Exportsteigerung erhöht Treibhausgasausstoß

Die Ratifizierung des EU-Mercosur-Handelsabkommens hätte eine erhebliche Steigerung des Handels mit Produkten, die mit der Emission von Treibhausgasen durch Entwaldung verbunden sind, zur Folge. In den Biomen des Mercosur-Wirtschaftsraums, Amazonas, Cerrado, Atlantischer Regenwald und Gran Chaco, ist die Ausweitung von Viehweiden und Sojaanbauflächen die Hauptursache für Entwaldung (Trase 2020).

In ihren Untersuchungen geht die Nichtregierungsorganisation GRAIN davon aus: Wenn es bei den derzeitigen Exporten bliebe und die zusätzlichen Agrarquoten ausgeschöpft würden, würden durch die zusätzlichen Importe jährlich 8,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente entstehen. Gemessen wurden die Produkte Rindfleisch, Käse, Ethanol, Säuglingsnahrung, Geflügel, Reis, Milchpulver und Zucker. Der größte Anteil der zusätzlichen CO₂-Emissionen würde durch die erhöhte Rindfleißeinfuhr entstehen, die GRAIN mit 7,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten im Jahr veranschlagt. Soja, dessen Anbau ganz wesentlich zum Treibhausgasausstoß beiträgt, ist in diesen Berechnungen nicht enthalten (Grain 2019).

Industrieller Sojaanbau und Entwaldung

Brasilien war von 2010 bis 2015 das Land mit der höchsten Entwaldung weltweit, Paraguay belegte Platz sechs und Argentinien Platz neun (PowerShift 2020a). Soja ist ein wichtiger Treiber für Entwaldung (Lima et al. 2018). Im brasilianischen Cerrado stieg die Anbaufläche von Soja zwischen 2000 und 2017 um 9,54 Millionen Hektar auf fast zehn Prozent der Gesamtfläche des Cerrados, was mit einer Abholzung von 2,83 Millionen Hektar Wald verbunden war (Chain Reaction 2018). Industrieller Sojaanbau ist somit eine wichtige Quelle für Treibhausgasemissionen und Treiber des Klimawandels.

Auch andere Gebiete wie der Gran Chaco der Mercosur-Länder sind von Entwaldung betroffen, hier ist die mit dem Sojaanbau verknüpfte Entwaldung am größten. Das Ökosystem des Trockenwaldes erhält jedoch kaum internationale Aufmerksamkeit und wird bisher nur wenig geschützt (WRI 2017).

Die AutorInnen des SIA (2020) betonen, dass es von 2004 bis 2012 durchaus möglich gewesen wäre, die Produktion auch ohne zusätzliche Entwaldung durch Intensivierung der landwirtschaftlichen Flächennutzung zu steigern.

Durch das Absenken der Exportsteuern für Soja fünf Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens (von derzeit 33 auf 18 Prozent des Warenwertes, und nach zehn Jahren auf 14 Prozent) könnten die Sojaimporte in die EU und nach Deutschland nochmal steigen. Das würde die Regenwaldabholzung und die damit verbundenen Klimaeffekte verschärfen (Fritz 2020).

Freiwillige Vereinbarungen der Agrarindustrie verschieben die Entwaldung

2006 wurde das Soja-Moratorium verabschiedet, eine freiwillige Vereinbarung internationaler AgrarunternehmerInnen, dass sie kein Soja aus neu angelegten Feldern im Amazonas-Regenwald mehr kaufen würden (Greenpeace 2006). Während seit 2007 die Abholzungsraten im Amazonas-Gebiet abnahmen, stiegen sie in anderen Gebieten, zum Beispiel im Cerrado, einem Savannengebiet im Zentrum Brasiliens (Graesser et al. 2015).

Das SIA empfiehlt deshalb, das Soja-Moratorium im Rahmen des Abkommens auch auf andere Biome, wie den Cerrado, auszuweiten. Das Soja-Moratorium wurde 2016 auf unbestimmte Zeit verlängert (Nepstad 2014).

Im SIA wurden die hohen Entwaldungsraten seit Amtsübernahme Bolsonaros nicht mit eingerechnet. So wurde bereits in ersten drei Monaten des Jahres 2020 51 Prozent mehr Wald gerodet als noch im Vorjahr (EU-Parlament 2020).

EU-Mercosur-Abkommen für den Klimaschutz

Da nur 13 Prozent der EU-Sojaimporte aus dem Mercosur als entwaldungsfrei gelten (IDH 2019), ist die europäische Nachfrage verantwortlich für großflächige Rodungen und entsprechend hohe Treibhausgasemissionen in Südamerika. Das Nachhaltigkeitskapitel des EU-Mercosur-Abkommens enthält nicht sanktionierbare Verpflichtungen zur „effektiven Umsetzung“ multilateraler Umweltabkommen, darunter die Biodiversitätskonvention und das Pariser Klimaabkommen. Das Freihandelsabkommen enthält zudem Klimaschutzklauseln und verweist auf die Bedeutung wichtiger internationaler Rahmenwerke, wie das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC). Das Abkommen könnte den Einsatz der Vertragsparteien für den Klimaschutz stärken, allerdings fehlt es dafür bisher an konkreten Maßnahmen.

4.5 Ziel 15: Leben an Land



Die internationale Staatengemeinschaft verfolgt das Ziel, Landökosysteme zu schützen und nachhaltige Nutzung zu fördern. Dabei nahm sie sich auch vor, bis 2020 die Entwaldung zu beenden und die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten zu fördern (Ziel 15.2). Außerdem sollte bis 2020 der Biodiversitätsverlust durch Artensterben beendet werden (Ziel 15.5). Dazu gehört ebenfalls, die Degradation von Böden zu beenden und umzukehren. Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung von Flächen

in der EU- und den Mercosur-Staaten nimmt direkten Einfluss auf dieses Ziel, durch Flächentransformation, Pestizideinsatz und Bodenbewirtschaftung. Die durch das EU-Mercosur-Abkommen geplante weitere Liberalisierung des Handels zwischen den beiden Regionen könnte negative Auswirkungen auf die Biodiversität haben. NRO schätzen, dass 30 Prozent aller bedrohten Arten direkt oder indirekt auf die Ausweitung von Handelsbeziehungen zurückzuführen sind (PowerShift 2020a).

Gründe dafür sind besonders die veränderte Landnutzung und der verstärkte Pestizideinsatz, wie zum Beispiel für den Sojaanbau oder die Rinderzucht in den Mercosur-Staaten. Das EU-Mercosur-Abkommen nimmt Einfluss darauf, wie Agrargüter für den Export produziert werden, enthält aber keine konkreten Vorgaben in Bezug auf Entwaldung und Biodiversitätsschutz.

Die mit der Sojaexpansion verbundene Entwaldung und Flächenumwandlung verursacht große Biodiversitätsverluste. Teilweise werden Ökosysteme mit einer Vielfalt von bis zu 600 Arten pro Hektar in Monokulturen umgewandelt (Baumann 2017). So schrumpfte der Cerrado durch eine mit dem Sojaanbau assoziierte Entwaldung in der letzten Dekade um mehr als 13 Prozent, der Trockenwald im Nord-Osten Brasiliens um mehr als 53 Prozent und die Mata Atlântica (atlantischer Regenwald) in Paraguay wurde fast komplett gerodet. Auch mehr als 15,8 beziehungsweise 9,67 Millionen Hektar von Paraguay beziehungsweise dem argentinischen Gran Chaco wurden zerstört und selbst abgelegene Wälder wie der Chiquitania in Bolivien sind um 18 Prozent geschrumpft, was ebenfalls in Zusammenhang mit der Ausbreitung der Sojaanbauflächen steht (Hecht und Oliveira 2016). Die Sojaexpansionsgrenze verschiebt sich seit einigen Jahren immer weiter und verwandelt Ökosysteme in Monokulturen (Lima et al. 2020). Auch die Infrastruktur, welche für den Transport und die Verarbeitung des Sojas notwendig ist, ist häufig verbunden mit der Zerstörung von Ökosystemen.

Der Cerrado ist die artenreichste Savanne der Welt, in der 5 Prozent der Arten zu finden sind. Aus dem Cerrado kommt 40 Prozent des Wassers von Brasiliens. Die Region ist die Heimat von Hunderten von indigenen und anderen traditionellen Gemeinschaften, wie zum Beispiel den Quilombolas. Mit der Expansion der Viehweiden und des Sojaanbaus verschärfen sich die Streitigkeiten um natürliche Ressourcen und die Angriffe auf UmweltschützerInnen nehmen zu. (Abdenur 2020)

Darüber hinaus wird die Abholzung des Cerrados durch den rechtlichen Status der Region begünstigt: Der Cerrado wurde von den in der brasilianischen Verfassung von 1989 festgelegten Naturschutzgebieten ausgenommen. Deshalb ist im Vergleich zum Amazonas-Gebiet (20 Prozent) nur wenig von diesem ökologisch wertvollen Biom gesetzlich geschützt (8 Prozent). Auch der Anteil der Schutzgebiete mit 4 Prozent der Gesamtfläche liegt weit unter dem nationalen Durchschnitt von 12 Prozent. (Abdenur 2020)

Die Vorschriften im Nachhaltigkeits-Kapitel des EU-Mercosur-Abkommens reichen nicht aus, um das durch landwirtschaftliche Expansion erhöhte Risiko der Entwaldung, insbesondere in den Regionen Amazonas und Cerrado, zu mindern (Imazon 2020).

Der hohe Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat im Sojaanbau belastet landwirtschaftliche Böden. Zudem trägt der wiederholte Anbau von Sojabohnen in enger Fruchtfolge oder als Monokultur zum Verlust der organischen Substanz der Böden bei, erhöht die Erosionsgefahr und vermindert die Aktivität der Bodenmechanismen. Soja trägt durch die vergleichsweise kleine Wurzelmasse außerdem zu einer Verdichtung der Böden bei, was wiederum Auswirkungen auf den Wasser- und Gashaushalt der Böden insgesamt hat. Auch die pfluglose Bodenbearbeitung des Sojas kann diesen Effekten nur bedingt entgegenwirken, seine Nachhaltigkeit ist abhängig von weiteren Faktoren, wie dem Einsatz von Pestiziden (Germanwatch 2018).

5 Schlussfolgerungen: Handelsabkommen und Agrarpolitik müssen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden

Vom EU-Mercosur-Abkommens sind leicht positive ökonomische Effekte zu erwarten, die bei einer entsprechenden nationalen Politik auch zu sozialen Fortschritten in der Armutsbekämpfung (Ziel 1) und Beschäftigung (Ziel 8) führen können (SIA 2020). Gleichzeitig drohen negative Auswirkungen, welche besonders mit der Produktion tierischer Produkte wie Milch und Fleisch und den dafür notwendigen Futtermitteln verbunden sind. So gefährdet die Praxis des Sojaanbaus mit hohem Pestizideinsatz in Monokulturen und die wachsende Rinderhaltung als größter Treiber von Entwaldung in den Mercosur-Staaten die Erreichung zahlreicher Nachhaltigkeitsziele. Die Instrumente zum Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsschutz sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Einkommenssituation auf den landwirtschaftlichen Betrieben sind im Abkommen nicht ausreichend ausgearbeitet und mangels direkter Kontroll- und Sanktionsmechanismen wirkungslos. Das EU-Mercosur-Abkommen ist so weder mit der Erreichung der Pariser Klimaziele noch der Nachhaltigkeitsziele vereinbar. Aufgrund der erwarteten negativen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsziele fordern auch viele NRO, PolitikerInnen und LandwirtInnen im Mercosur und der EU, dem Abkommen nicht zuzustimmen (AbL et al. 2020; agrarheute 2020; Netzwerk Gerechter Welthandel et al. 2020).

Das EU-Mercosur-Abkommen droht in seiner derzeitigen Form, die bestehenden Nachhaltigkeitsprobleme in der Landwirtschaft beider Partner noch zu verstärken. Der Abbau bestehender Handelsbeschränkungen vor allem für Rindfleisch und Milch sowie in geringerem Umfang für Soja droht die Anreize für nicht nachhaltige Landnutzung und Tierhaltung zu erhöhen.

Um Erzeugung und Handel von landwirtschaftlichen Rohstoffen und Erzeugnissen nachhaltig zu gestalten, müsste ein Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur anders ausgestaltet und durch weitere Instrumente ergänzt werden (s. Kapitel 5.1). Neben wirksamen Nachhaltigkeitsbestimmungen im Abkommen selbst sind auch effektive Vorgaben für die Verantwortung der Unternehmen in der Lieferkette und eine nachhaltigere Agrarpolitik, insbesondere für den Bereich der Tierhaltung, notwendig (s. Kapitel 5.2 bis 5.4). Im Ergebnis soll der Agrarhandel so qualifiziert werden, dass nur Rohstoffe aus nachhaltiger Erzeugung ein- und ausgeführt werden.

5.1 Wirksame Mechanismen für den Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Klima und faire ErzeugerInnenpreise in Nachhaltigkeitskapiteln verankern

Das derzeit vorgesehene Nachhaltigkeitskapitel im Mercosur-Abkommen verpflichtet die Vertragsparteien bereits auf wichtige Menschenrechts-, Arbeits- und Umweltstandards. Werden diese verletzt, folgen allerdings nur Konsultationen – der Handel mit den Produkten, die mit der Verletzung in Zusammenhang stehen, wird nicht eingeschränkt. Dass so gestaltete Nachhaltigkeitskapitel nicht ausreichend wirksam sind, zeigt das Mehrparteien-Handelsabkommen der EU mit Peru, Kolumbien (vorläufig in Kraft seit 2013) und Ecuador (beigetreten 2017) (EU 2016). Auch dieses Abkommen enthält ein Nachhaltigkeitskapitel, in dem sich die Vertragsparteien zur Einhaltung international gültiger Sozial- und Umweltstandards verpflichten, wie die ILO-Konventionen zu Gewerkschaftsfreiheit und gegen Zwangsarbeit oder das Pariser Klimaabkommen. Zudem wird der Zivilgesellschaft eine Beratungsfunktion zur Nachhaltigkeit eingeräumt. Jedoch werden trotz dieser Verpflichtungen weiterhin ArbeitnehmerInnenrechte verletzt und Umweltstandards nicht eingehalten. In Kolumbien wurden zum Beispiel 2017 170 GewerkschafterInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen ermordet. 95 Prozent dieser Verbrechen wurden nicht bestraft. Im gleichen Jahr reichten in Peru 14 europäische NRO in Kooperation mit 27 peruanischen NRO eine umfassende Beschwerde gegen die Regierung wegen Verletzung der im Freihandelsabkommen festgelegten Arbeits- und Umweltstandards ein. Auch in Ecuador wurde eine Beschwerde bei der Regierung eingereicht. Wirksame Maßnahmen gegen Vertragsverletzungen blieben aus. Die damalige EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström antwortete lediglich ein Jahr später mit einem Schreiben, in dem sie im Falle Perus die Vertragsverletzungen an die Regierung delegiert und den Dialog zur Nachhaltigkeit zwischen EU-Kommission und der Regierung als ausreichend beschreibt. Mitglieder der Beratungsgremien rund um das Abkommen mahnen zu Recht an, die Handelspolitik nicht allein den Regierungen zu überlassen. Die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Beratungsgremien zum Freihandelsvertrag sei unbedingt nötig, um Probleme öffentlich zu machen und Änderungen herbeizuführen. (FES 2019) Der Verhandlungsprozess rund um das EU-Mercosur-Abkommen steht bereits in der Kritik, weil die Verhandlungen hinter geschlossenen Türen, die Verhandlungs-Texte der Zivilgesellschaft für eine kritische Begleitung der Verhandlungen, nicht zugänglich waren und die Nachhaltigkeits-Prüfung des Abkommens (SIA) nicht vor Abschluss der Verhandlungen fertig gestellt wurden. Umso wichtiger ist es, dass die Zivilgesellschaft die Fortentwicklung der Handelspolitik zwischen EU und Mercosur eng begleiten kann.

Im Juni 2020 verkündete die EU-Kommission eine Neubetrachtung ihrer bisherigen Handelspolitik (EU Kommission 2020i). Wesentlich ist dabei, dass auf die politische Kohärenz europäischer Strategien, wie des Europäischen Green Deal (EGD), den Klimazielen der EU und der Handelspolitik zu achten ist (Greenpeace 2017). In ihrer Farm-to-Fork-Strategie (EU Kommission 2020j) verspricht die EU-Kommission ein wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigeres europäisches Lebensmittelsystem zu schaffen und den Ansatz einer Handelspolitik zur Förderung nachhaltiger Lebensmittelsysteme über ihre Grenzen hinaus weiterzuverfolgen. Die EU wird unglaublich, wenn sie das Handelsabkommen mit dem Mercosur nicht zum Testfall macht, diesen neuen Ansatz in die Praxis umzusetzen.

Für ein Mercosur-Abkommen, das mit den Grundsätzen der Agenda 2030 vereinbar ist, sind verbindliche und wirksame Schutzvorkehrungen, besonders in den Bereichen Landrechte und Entwaldung, Pestizideinsatz und Menschenrechte notwendig. Werden diese nicht eingehalten, muss der Handel

mit Erzeugnissen, die zu Rechtsverletzungen und Umweltschäden beitragen, zeitnah begrenzt oder im Extremfall ganz ausgesetzt werden. Ein grundsätzlich überarbeitetes Nachhaltigkeitskapitel oder eine separate Zusatzvereinbarung zum Abkommen müsste entsprechende Handlungsmechanismen vorsehen und auch das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt bindend verankern. Ein staaten-unabhängiges ExpertenInnengremium oder anerkannte zivilgesellschaftliche Verbände müssen ein Streitbeilegungsverfahren bei Nichteinhaltung der verbindlichen Schutzvorkehrungen auslösen dürfen. (Zengerling 2020) Zudem müssen die Zivilgesellschaft und marginalisierte Akteure des Ernährungssystems, wie beispielsweise die durch den Agrarhandel stark beeinträchtigten indigenen Gemeinschaften, stärker in die Verhandlungen und die Umsetzung des Handelsabkommens einbezogen werden. Vor der Ratifizierung muss gewährleistet werden, dass von den Vertragsparteien bestimmte soziale und ökologische gesetzliche Mindestanforderungen erfüllt werden. Die Mercosur Länder sollten sich verpflichten, ökologisch besonders wertvolle Biome zu schützen und nicht in landwirtschaftliche Flächen umzuwandeln. Die EU sollte diese Maßnahmen im Gegenzug finanziell unterstützen.

5.2 Wirksame Lieferkettengesetze

Wirksame Nachhaltigkeitskapitel sind für Regierungen Instrumente, um Nachhaltigkeit in den Wertschöpfungs- und Lieferketten zu verankern. Allein durch staatliche Maßnahmen wird dies aber nicht umfassend zu erreichen sein. Deshalb ist es unabdingbar, eine stärkere direkte Verantwortung der Unternehmen zu verankern.

Die Verantwortung der Unternehmen Menschenrechte zu achten, ist ein wichtiger Teil der 2011 vom Menschenrechtsrat verabschiedeten „Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte: Umsetzung des Rahmens der Vereinten Nationen ‚Schutz, Achtung und Abhilfe‘“ (DGCN & GIZ 2013). Jedoch überprüft nur jedes dritte europäische Unternehmen einer Studie der EU-Kommission zufolge seine globalen Lieferketten sorgfältig auf Umweltauswirkungen und Menschenrechte (Bright et al. 2020).

In einigen Mitgliedsstaaten gibt es bereits Unternehmensverantwortungsgesetze, die aber entweder auf bestimmte Menschenrechtsverletzungen wie Kinderarbeit beschränkt sind (wie das niederländische *Wet zorgplicht kinderarbeid*) oder nur einen kleinen Teil der Unternehmen betreffen (wie das französische *Loi de vigilance*), das nur für Unternehmen mit mehr als 5.000 Mitarbeitenden gilt) (FES 2019). In vielen anderen Ländern, darunter Deutschland, setzen sich breite zivilgesellschaftliche Initiativen für nationale Lieferkettengesetze ein. Die Verabschiedung eines Gesetzes zu Sorgfaltspflichten von Unternehmen ist auch im deutschen Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode bis 2021 vorgesehen, sollte die freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen nicht ausreichen. Nachdem das entsprechende Monitoring im Rahmen des Nationalen Aktionsplans im Sommer 2020 zu dem Schluss kam, dass lediglich 13 bis 17 Prozent der antwortenden Unternehmen grundlegende Menschenrechtsstandards in ihren Lieferketten achten (AA 2020), kündigten Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller ein Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode an. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt nun dieses Vorhaben und beauftragte die beiden Minister, gemeinsam mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier Eckpunkte für ein Lieferkettengesetz vorzulegen. Seit Monaten blockiert das Wirtschaftsministerium jedoch eine Einigung in dem Verfahren, indem es wesentliche Elemente für eine wirksame gesetzliche Regulierung ablehnt.

Ein Ziel des EGD ist es, Nachhaltigkeit stärker in europäische „Corporate-Governance“-Regeln einzubetten. EU-Kommissar Reynders kündigte an, 2021 erste Gesetzesvorschläge für die verbindliche und sektorübergreifende Regelung von unternehmerischer Sorgfalt vorzulegen (AA 2020). Der EU-

Rat (Germanwatch 2020) und 70 Prozent der Unternehmen befürworten ein solches Lieferkettengesetz auf EU-Ebene, das für ein *level playing field* sorgen würde (Bright et al. 2020). Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten sind auf europäischer Ebene bisher lediglich in der Verordnung über Konflikt-mineralien festgeschrieben. (FES 2019a) Ein europäisches Lieferkettengesetz könnte sich auch auf Agrarrohstofflieferketten aus den Mercosur-Staaten auswirken, da zum Beispiel Landrechte von den Unternehmen strenger beachtet werden müssten. Auch der Pestizideinsatz müsste im Sinne des Menschenrechts auf Gesundheit von den Unternehmen besser überwacht werden. Für eine wirksame gesetzliche Regelung müssten die unternehmerischen Sorgfaltspflichten neben einer effektiven behördlichen Durchsetzung zum einen mit öffentlich-rechtlichen Sanktionen wie Bußgeldern und dem Ausschluss aus der Außenwirtschaftsförderung und der öffentlichen Beschaffung bewehrt sein. Zum anderen müssten Unternehmen für Schäden, die aus der Missachtung ihrer Sorgfaltspflichten resultieren, zivilrechtlich haftbar gemacht werden können. Die UN-Leitprinzipien von 2011 sehen vor, dass sich die Sorgfalt von Unternehmen auf die gesamte Wertschöpfungskette erstrecken muss und nicht nur auf die letzten Verarbeitungsschritte oder direkte Zulieferer. Für Agrarrohstofflieferketten wäre außerdem die Ausweitung der Sorgfaltspflichten auf Umweltschutz sinnvoll, insbesondere mit Blick auf den Erhalt von Wäldern und anderen wichtigen Ökosystemen.

Gesetze mit Fokus auf entwaldungsfreie Lieferketten wurden im Juni 2020 vom Umweltausschuss des Europäischen Parlaments diskutiert (DNR 2020) und Empfehlungen an die EU-Kommission für einen entsprechenden Rechtsrahmen zur Eindämmung und Umkehrung von der EU verursachter Entwaldung beschlossen (EU-Parlament 2020a). Im Sommer 2020 wurden außerdem die Leitlinien der Bundesregierung zur Förderung von entwaldungsfreien Lieferketten von Agrarrohstoffen verabschiedet, welche vorsehen, nationale und europäische Prozesse zur Förderung von entwaldungsfreien Lieferketten zu unterstützen (INA 2020). Das in der New Yorker Walderklärung (2014) sowie den Amsterdam-Erklärungen (2015) festgelegte Ziel, bis 2020 die Entwaldung aus Agrarlieferketten zu eliminieren, wurde bereits verfehlt (INA 2020). Für den Agrarhandel mit den Mercosur-Staaten würden entwaldungsfreie Lieferketten bedeuten, dass nur noch Produkte in die EU exportiert werden dürfen, deren Produktion auf keiner Stufe mit Entwaldung verbunden ist. Dies hätte erheblichen Einfluss besonders auf den Sojaanbau und die Rinderhaltung in den Mercosur-Staaten. Die Umsetzung ist allerdings von lokalen Gesetzen, wirksamen Zertifizierungsmechanismen sowie transparenten Kontrollsystemen abhängig (Raza et al. 2020).

5.3 Gemeinsame Agrarpolitik und Agrarhandel

Die auf Export ausgerichtete Strategie großer Molkereien und Fleischunternehmen, die eine deutlich über den europäischen Verbrauch hinausgehende Produktion erfordert, widerspricht dem Ziel, LandwirtInnen ein existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen. Um zu Weltmarktpreisen konkurrenzfähig zu sein, müssen Kosten niedrig gehalten werden, was einen hohen Effizienz- und Intensivierungsdruck auf die Betriebe zur Folge hat. Dem gegenüber stehen gesellschaftliche Anforderungen für mehr Tierwohl, Klimaschutz, Artenvielfalt, Gewässerschutz und Luftreinheit, die auch mit vielen SDGs korrespondieren. Diese Anforderungen werden zunehmend mit dem Ordnungsrecht durchgesetzt, was zu höheren Kosten für die Betriebe führt. Der derzeitige Ansatz der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP), die Kosten für höhere Standards durch flächenabhängige Direktzahlungen auszugleichen, ist gerade für kleinere Betriebe nicht erfolgreich und befördert den Strukturwandel hin zu größeren Betrieben. Um die Nachhaltigkeitsziele umfassend zu fördern, die sowohl ökologische Aspekte als auch die Einkommen vor allem von Kleinbetrieben beachten, braucht es eine Marktpolitik, die mit der Ausrichtung auf niedrige Weltmarktpreise bricht und den Höfen ein existenzsicherndes Einkommen ermöglicht.

In der Reformdebatte um die zukünftige GAP hat das Europäische Parlament Vorschläge zur Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) eingebracht. Diese sehen die Möglichkeit der freiwilligen Mengenreduzierung in Krisenzeiten und Frühwarnsysteme vor. Die Vorschläge fließen in die Trilog-Verhandlungen zur GAP mit EU-Kommission und EU-Rat ein (EMB 2020).

Der aktuelle Reformvorschlag der EU-Kommission für die kommende Förderperiode der GAP sieht die Möglichkeit vor, die Direktzahlungen der 1. Säule durch das Instrument *Eco-Schemes* an Gemeinwohlleistungen zu binden und landwirtschaftliche Betriebe dafür einkommenswirksam zu entlohnen. Die *Eco-Schemes* haben damit das Potenzial, den vermeintlichen Gegensatz von Ökologie und Ökonomie in der GAP aufzulösen und sind von allen aktuell diskutierten Instrumenten der GAP am innovativsten. Es kommt nun darauf an, die *Eco-Schemes* so zu gestalten, dass die Bereitstellung von wirksamen Leistungen des Umwelt-, Klima- und Tierschutzes durch Bäuerinnen und Bauern zu einer gewinnwirksamen Komponente landwirtschaftlicher Betriebe wird.

5.4 Tierwohlorientierte Milch- und Fleischerzeugung

Molkereien und Schlachtereien in Deutschland haben großes Interesse, ihre Erzeugnisse zu exportieren und lehnen aus Gründen ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit jegliche Preiserhöhungen, etwa aufgrund von Verbesserungen beim Tierwohl, ab. Der Agrarökonom und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik und Ernährung beim Bundeslandwirtschaftsministerium Professor Harald Grethe stellt fest, dass Deutschland schon heute in Bezug auf Schlachtkörper in Standardqualität auf den Weltmärkten nicht wettbewerbsfähig ist. Mit steigenden Umwelt- und Tierschutzstandards wird die preisliche Konkurrenzfähigkeit voraussichtlich weiter sinken. Deutschland könnte jedoch mit einer konsequenten Tierwohlstrategie neue internationale Märkte für besonders hochwertige Produkte erschließen (AgE 2020). Damit könnte mit dem Export geringerer Mengen zu höheren Preisen ein höheres Einkommen für die Betriebe realisiert werden.

Das vom Landwirtschaftsministerium eingesetzte Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (Borchert-Kommission), hat Empfehlungen für eine tierwohlgerechtere Erzeugung von Fleisch und Milch erarbeitet, die insbesondere mehr Platz und Auslauf für die Tiere vorsehen. Werden diese Empfehlungen umgesetzt, wird dies zu einer Reduktion der Tierzahlen zumindest in den derzeitigen Intensivregionen und damit zu positiven Effekten auf die Umwelt und Gewässerbelastung sowie auf die Gesundheit der Tiere führen. Die von der Borchert-Kommission vorgeschlagene Abgabe auf Fleisch und Milchprodukte, mit der Investitionen in Tierwohl finanziert werden sollen, muss auch Exportprodukte, die den entsprechenden Tierwohlstandards nicht entsprechen, einbeziehen, damit die übergeordneten Ziele – eine nachhaltige Nutztierhaltung und Sicherstellung kostendeckender ErzeugerInnenpreise – an der Stelle nicht unterlaufen werden.

Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass Maßnahmen im Sinne der Borchert-Kommission auch auf EU-Ebene zumindest in Regionen mit intensiver Tierhaltung eingeführt werden. Der Umbau der Intensivtierhaltung würde die Nachfrage nach Soja, als für die intensive Tierhaltung besonders wichtiges Futtermittel, und damit die Importe aus dem Mercosur reduzieren. Mit den Mercosur-Ländern sollte daher ein Dialog über Anreize und Hilfestellungen für nachhaltigere Alternativen im bilateralen Handel geführt werden.

5.5 Qualifizierung des Agrarhandels

Der internationale Agrarhandel sollte so qualifiziert werden, dass er Nachhaltigkeitsziele nicht nur nicht behindert, sondern auch einen positiven Beitrag zur Erreichung der Ziele leistet. In Handelsabkommen, wie dem zwischen der EU und dem Mercosur, sollten beide Seiten Qualitätskriterien nicht nur für die Produkte selbst, sondern vor allem für die Produktionsprozesse vereinbaren. Für exportierte Erzeugnisse müssen Preise gezahlt werden, die die Kosten für klimaschonende und biodiversitätsfreundliche Landwirtschaft sowie hohe Tierwohlstandards decken und zugleich faire Arbeitsbedingungen und zukunftsweisende Einkommen für Bäuerinnen und Bauern ermöglichen. Zu den Kriterien muss zählen, dass die Erzeugung nicht mit Entwaldung, Bodenerosion und Gewässerbelastung mit Pestiziden und Gülle einhergeht. Im Sinne des Vorsorgeprinzips muss es möglich sein, den Import von Lebensmitteln zu beschränken, bei denen Technologien zum Einsatz kommen, die vor allem in der industriellen Landwirtschaft eingesetzt werden. Dazu zählen Gentechnik, Totalherbizide wie Glyphosat, Hormone, Chlorbehandlung von Schlachtkörpern und routinemäßiger Einsatz von Antibiotika.

Dagegen soll die Bewirtschaftung Ökosysteme und Böden durch Agroforstwirtschaft, vielfältige Fruchtfolgen und nachhaltiges Weidemanagement verbessern. Die Kriterien sind auf die Belange der jeweiligen Vertragsländer unter Einbeziehung der dortigen Zivilgesellschaft und Bauernschaft zuzuschneiden und sollen die Prinzipien der Agrarökologie berücksichtigen. Die Exportländer und Unternehmen müssen nachweisen, dass diese Bedingungen eingehalten werden und Produkte entsprechend gekennzeichnet werden. Wo dies noch nicht der Fall ist, sollte der Handel eingeschränkt werden. Ein mögliches Modell, ist, dass eine Abgabe auf exportierte Produkte erhoben wird, aus der ein Fonds zur Qualifizierung der landwirtschaftlichen Erzeugung finanziert wird. Damit würden Wettbewerbsnachteile ausgeglichen, die aus der Externalisierung von Kosten bei einer nicht nachhaltigen Erzeugung entstehen. Gleichzeitig entsteht ein doppelter Anreiz auf nachhaltigere Produktionssysteme umzustellen, da dann die Abgabe wegfiele und Investitionen in den Umbau gefördert werden. Auch Agrarerzeugnisse aus bäuerlichen Strukturen könnten durch geringere Abgaben gefördert werden, während für Produkte aus Großplantagen oder industriellen Tierhaltungsanlagen nur dann auf eine Abgabe verzichtet wird, wenn besonders gute Arbeitsbedingungen und ökologische Leistungen nachgewiesen werden.

Die Orientierung an agrarökologischen Prinzipien und das Verbot der Umwandlung ökologisch wertvoller Flächen verhindert auch, dass die Produktion "lohnender" aber nicht nachhaltig erzeugter Exportprodukte immer weiter ansteigt und damit großen Druck auf ErzeugerInnenpreise im Importland auslöst. Gleichwohl kann die Gefahr drohen, dass ökologisch erwünschte Produktionsformen, wie zum Beispiel die extensive Weidehaltung, durch nachhaltig erzeugte Importe verdrängt werden. Dann muss es möglich sein, diese Produktionsformen durch gezielte finanzielle Anreize zu fördern, und gegebenenfalls die Importmengen zu begrenzen, um einen zu starken Preisdruck zu verringern. Die Verhandlungen über die Gestaltung von Importquoten würden dann auf Grundlage von Nachhaltigkeitszielen geführt.

Die EU sollte den Verhandlungsprozess mit dem Mercosur nutzen, um eine Diskussion in diese Richtung zu leiten, und damit die Handelsbeziehungen zu einem Instrument zur Umsetzung auch der Farm to Fork-Strategie machen. Durch eine nachhaltigere Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Mercosur könnte die EU wichtige Impulse zum Schutz der Wälder und anderer Ökosysteme setzen. Doch die EU ist – mit deutlichem Abstand zu China – nur der zweitwichtigste Absatzmarkt für Agrarprodukte aus dem Mercosur. Daher besteht die Gefahr, dass ein Abkommen, das Lieferungen in die EU an wirksame Nachhaltigkeitskriterien bindet, zu einer Spaltung des Marktes führt.

Während der kleinere Teil der Erzeugung, der diese Standards erfüllt, in die EU exportiert wird, würde der größere Teil in andere Märkte gehen. Produktion und Anbauflächen im Mercosur würden – wenn auch in geringerem Tempo – weiterwachsen und die dramatische Entwaldung weiter fortschreiten. Um das zu verhindern, muss die EU zum einen im Dialog mit dem Mercosur auf die nachhaltige Gestaltung der gesamten Landwirtschaft dringen und – möglichst in Kooperation mit der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank – entsprechende Anreize dafür setzen. Zum anderen und noch wichtiger: Es führt kein Weg daran vorbei, dass die EU auch mit China, dem wichtigsten Absatzmarkt für Agrarrohstoffe, in Verhandlungen tritt, um auch dessen Importe an Nachhaltigkeitsstandards zu knüpfen. Das ist im Übrigen eine logische Konsequenz der gemeinsamen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen und der Agenda 2030, denen sich China mit ambitionierten nationalen Zielen und Aktionsplänen gestellt hat. Letztlich sollten die Anstrengungen den Agrarhandel nachhaltig zu gestalten auf multilateraler Ebene geführt werden (Rampa et al. 2020).

6 Literaturverzeichnis

AA 2020: Auswärtiges Amt: Monitoring des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte: Ergebnisse der zweiten Erhebung. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/aussenwirtschaft/wirtschaft-und-menschenrechte/ergebnisse-2-umfrage-nap/2374446> (17.12.2020)

Abdenur 2020: Abdenur, A. E.: Deforestation in Brazil: It's not just the Amazon. <https://www.climate-diplomacy.org/news/deforestation-brazil-it%E2%80%99s-not-just-amazon> (16.12.2020)

AbL et al. 2020: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und weitere Bauernorganisationen: Nein zum EU-Mercosur Abkommen. https://www.abl-ev.de/uploads/media/DE_Bauernkla%C3%84rung_Mercosur.pdf (16.12.2020)

ADHB 2019: Agriculture and Horticulture Development Board: What could the EU-Mercosur trade deal mean for UK livestock farmers? <https://ahdb.org.uk/news/what-could-the-eu-mercotur-trade-deal-mean-for-uk-livestock-farmers> (16.12.2020)

agrarheute 2020: Lehmann, N.: EU-Parlament stimmt gegen Freihandelsabkommen mit Mercosur. <https://www.agrar-heute.com/markt/eu-parlament-stimmt-gegen-freihandelsabkommen-mercotur-573776> (16.12.2020)

Agrarzeitung 2020: Hermannsen, H.: Mercosur-Vertrag - Keine Mehrheit im EU-Parlament. <https://www.agrarzeitung.de/nachrichten/politik/mercotur-vertrag-keine-mehrheit-im-eu-parlament-93201>

AgE 2020: Agra Europe: Tierwohlstrategie kann Chancen auf internationalen Märkten eröffnen. Interview mit Prof. Harald Grethe in: Agra-Europe 29/29, 13. Juli.

Alvarez-Alonso 2020: Alvarez-Alonso, C., Pucheta, M. und Ruiz, C.: Food Security Measures and Labor Regulations in the EU-MERCOSUR Agreement: An Overview of the Legal Challenges. <http://dx.doi.org/10.16890/rstpr.a8.n16.p224>

Baltensperger und Dadush 2019: Baltensperger, M. und Dadush, U.: The European Union-Mercosur Free Trade Agreement: prospects and risks. https://www.bruegel.org/wp-content/uploads/2019/09/PC-11_2019.pdf (16.12.2020)

Baumann 2015: Baumann, M.: Deforestation and cattle expansion in the Paraguayan Chaco 1987–2012. <https://link.springer.com/article/10.1007/s10113-017-1109-5> (16.12.2020)

BLE 2018: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung: Bericht zur Markt- und Versorgungslage – Futtermittel 2018. https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/BZL/Daten-Berichte/Futter/2018BerichtFuttermittel.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (16.12.2020)

Blickpunkt Lateinamerika 2017: Blickpunkt Lateinamerika: Drastische Kürzungen bei Indigenenbehörde durch Regierung. <https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/drastische-kuerzungen-bei-indigenenbehoerde-durch-regierung/> (05.12.2020)

BMWi 2020a: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Häufig gestellte Fragen zum EU-Mercosur Assoziierungsabkommen. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/FAQ/Mercosur/faq-assoziierungsabkommen-eu-mercotur.html> (16.12.2020)

BMWi 2020b: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Kleine Anfrage der Abgeordneten – Zweifel der Bundesregierung am EU-Freihandelsabkommen mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2020/10/19-22331.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (16.12.2020)

BMZ 2019: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Bundesentwicklungsminister Müller fordert verbindliche Zertifizierung von entwaldungsfreien Soja im Mercosur-Abkommen. <http://www.bmz.de/20190703-1> (16.12.2020)

Bright et al. 2020: Bright C, Smit L, Mccoquodale R, Bauer M, Deringer H, Baeza-Breinbauer D, Torres-Cortés, F et al.: Study on Due Diligence Requirements through the Supply Chain. FINAL REPORT. 10.2838/39830. <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/8ba0a8fd-4c83-11ea-b8b7-01aa75ed71a1/language-en> (16.12.2020)

Chain Reaction 2018: Chain Reaction Research Coalition: Cerrado Deforestation Disrupts Water Systems and Poses Business Risks for Soy Producers. <https://chainreactionresearch.com/wp-content/uploads/2018/10/Cerrado-Deforestation-Disrupts-Water-Systems-and-Poses-Business-Risks-for-Soy-Producers-3.pdf>

Client Earth 2020: ClientEarth Communications: We take action against the EU for failing to consider environmental and social impacts of South American trade deal. <https://www.clientearth.org/latest/latest-updates/news/we-take-action-against-the-eu-for-failing-to-consider-environmental-and-social-impacts-of-south-american-trade-deal/> (10.12.2020)

CPT 2020: Comissão Pastoral da Terra: Países da Pan-Amazônia lançam atlas de conflitos socioterritoriais. <https://www.cptnacional.org.br/publicacoes-2/destaque/5391-paises-da-pan-amazonia-lancam-atlas-de-conflitos-socioterritoriais> (15.12.2020)

Dairy Global 2019: Azevedo, D.: Brazil focusses on exports as dairy production increases. <https://www.dairyglobal.net/Milking/Articles/2019/10/Brazil-focuses-on-exports-as-dairy-production-increases-480286E/> (16.12.2020)

Deere und Leon 2003: Deere, C. und Leon, M.: The Gender Asset Gap: Land in Latin America. Doi:10.1016/S0305-750X(03)00046-9. <https://www.amherst.edu/media/view/92212/original/gender%20asset%20gap.pdf>

Deutsche Welle 2019: Weiß, S.: Mercosur-EU: Los europeos consumirán ahora el veneno que exportan. <https://www.dw.com/es/mercosur-eu-los-europeos-consumiran-ahora-el-veneno-que-exportan/a-49433361> (17.12.2020)

DGCF & GIZ 2013: Geschäftsstelle Deutsches Global Compact Netzwerk (DGCN) & Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH: Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, Umsetzung des Rahmens der Vereinten Nationen „Schutz, Achtung und Abhilfe“. Vereinte Nationen. https://www.skmr.ch/cms/upload/pdf/140522_leitprinzipien_wirtschaft_und_menschenrechte.pdf (15.12.2020)

ECLAC 2014: Economic Commission for Latin America and the Caribbean: Indigenous People in Latin America. <https://www.cepal.org/en/infografias/los-pueblos-indigenas-en-america-latina> (15.12.2020)

DNR 2020: Deutscher Naturschutzring: Diskussion um Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten beginnt. <https://www.dnr.de/eu-koordination/eu-umweltnews/2020-wirtschaft-ressourcen/diskussion-um-gesetz-fuer-entwaldungsfreie-lieferketten-beginnt/> (15.12.2020)

EcoNexus 2013: EcoNexus: Agropoly – A handful of cooperations control world food production. https://econexus.info/files/Agropoly_Econexus_BerneDeclaration_wide-format.pdf

El Pais Rurales 2019: Antúñez, P.: Consumidores de lácteos pueden favorecerse con acuerdo con la UE. <https://rurales.elpais.com.uy/lecheria/consumidores-de-lacteos-pueden-favorecerse-con-acuerdo-con-la-ue>

EMB 2020: European Milk Board. EP vote on the Common Market Organisation of the Common Agricultural Policy (CAP). <https://www.europeanmilkboard.org/special-content/news/news-details/article/ep-vote-on-the-common-market-organisation-of-the-common-agricultural-policy-cap-european-dairy-fa.html?cHash=cf56addf536cd0b1c53f63fb25395e9c> (16.12.2020)

EU 2016: Europäische Union: PROTOCOL of Accession to the Trade Agreement between the European Union and its Member States, of the one part, and Colombia and Peru, of the other part, to take account of the accession of Ecuador. [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:22016A1224\(01\)&qid=1588594733909&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:22016A1224(01)&qid=1588594733909&from=EN) (16.12.2020)

Eucolait 2019: European Association of Dairy Trade: Mercosur – what we know so far. <https://www.eucolait.eu/userfiles/files/EU%20%20Trade%20Policy/Trade%20negotiations/20190701%20Mercosur%20-%20what%20we%20know%20so%20far.pdf>

EU-Kommission 2020a: Europäische Kommission: In focus: EU-Mercosur. <https://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/eu-mercosur-association-agreement/> (16.12.2020)

EU-Kommission 2020b: Europäische Kommission: Sustainable Development. <https://ec.europa.eu/trade/policy/policy-making/sustainable-development/> (16.12.2020)

EU-Kommission 2020c: Europäische Kommission: Mercosur – Countries and Regions. <https://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/regions/mercosur/> (16.12.2020)

EU-Kommission 2020d: Europäische Kommission: Beef and Veal Market Situation. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/beef-veal-market-situation_en.pdf

EU-Kommission 2020e: Europäische Kommission, DG Agriculture: EU meat and milk balance sheet 2000 – 2020. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/agri-short-term-outlook-balance-sheets_en.xlsx (10.08.2020)

EU-Kommission 2020f: Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland: Schutz von Herkunftsangaben und traditionellen Spezialitäten: Ein europäischer Schatz im Wert von 75 Milliarden Euro. https://ec.europa.eu/germany/news/20200420-schutz-von-herkunftsangaben_de

EU-Kommission 2020g: Europäische Kommission: Sustainability Impact Assessments. https://ec.europa.eu/trade/policy/policy-making/analysis/policy-evaluation/sustainability-impact-assessments/index_en.htm

EU-Kommission 2020h: Europäische Kommission: Milk Market Situation. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/presentations/milk-market-situation-slides_en.pdf.

EU-Kommission 2020i: Europäische Kommission: European Commission kicks off major EU trade policy review. Press Release. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1058 (16.12.2020)

EU-Kommission 2020j: Europäische Kommission: „Vom Hof auf den Tisch“ – eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1590404602495&uri=CELEX%3A52020DC0381> (16.12.2020)

EU-Kommission 2020k: Europäische Kommission: EU Oilseeds Trade 2019/20 Marketing Year July – March. 28.05.2020. <https://circabc.europa.eu/sd/a/ecca07a5-5d56-47b1-a678-e24cceb450c/oilseeds-trade-2017-18-marketing-year-July-December.pdf> (16.12.2020)

EU-Kommission 2020l: Europäische Kommission: European Union, Trade in goods with Mercosur 4. https://webgate.ec.europa.eu/isdb_results/factsheets/region/details_mercosur-4_en.pdf

EU-Kommission 2019a: Europäische Kommission: EU-Mercosur Trade Agreement. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc_157954.pdf (16.12.2020)

EU-Kommission 2019b: Europäische Kommission: EU-Mercosur Handelsabkommen. Möglichkeiten schaffen – Die Interessen der Europäischen Landwirte wahren. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158141.pdf

EU-Kommission 2019c: Europäische Kommission: The EU-Mercosur Trade Agreement. Questions and Answers. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc_157953.pdf

EU-Kommission 2019d: Europäische Kommission: New EU-Mercosur trade agreement - The agreement in principle. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/june/tradoc_157964.pdf

EU-Kommission 2019e: Europäische Kommission: Key elements of the EU-Mercosur trade agreement. <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2040> (16.12.2020)

EU-Kommission 2019f: Europäische Kommission: EU und Mercosur erzielen Einigung in Handelsfragen. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_3396 (10.12.2020)

EU-Kommission 2019g: Europäische Kommission: Trade part of the EU-Mercosur Association Agreement. https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/july/tradoc_158166.%20Trade%20and%20Sustainable%20Development.pdf

EU-Parlament 2020: Europäisches Parlament: Brazil and the Amazon Rainforest. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/648792/IPOL_IDA\(2020\)648792_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/648792/IPOL_IDA(2020)648792_EN.pdf)

EU-Parlament 2020a: Europäisches Parlament: Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. Oktober 2020 mit Empfehlungen an die Kommission für einen EU-Rechtsrahmen zur Eindämmung und Umkehrung der von der EU verursachten weltweiten Entwaldung (2020/2006(INL)). [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/648792/IPOL_IDA\(2020\)648792_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/648792/IPOL_IDA(2020)648792_EN.pdf)

EUR-Lex 2020: EUR-Lex: Interregionales Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Mercosur. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:r14013&from=DE>

EUR-Lex 2012: Amtsblatt der Europäischen Union: Durchführungsvereinbarung (EU) Nr. 482/2012. <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:148:0009:0014:DE:PDF>

Eurostat 2020a: Statista: Warenhandel der Europäischen Union mit dem Mercosur. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1022698/umfrage/warenhandel-der-europaeischen-union-mit-dem-mercotur/> (16.12.2020)

Eurostat 2020b: Eurostat Statistics explained: Internationaler Warenhandel. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/International_trade_in_goods/de#Die_drei_gr.C3.B6.C3.9Ften_globalen_Akteure_des_Au.C3.9Ftenhandels:_die_EU.2C_China_und_die_USA (16.12.2020)

Eurostat 2020c: Statista: Europäische Union und Euro-Zone: Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/> (16.12.2020)

FAO 2020: FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO: The State of Food Security and Nutrition in the World 2020. Transforming food systems for affordable healthy diets. <https://doi.org/10.4060/ca9692en>

Fern 2020: Fern: The EU-Mercosur Trade Agreement. https://greenwire.greenpeace.de/system/files/2020-06/The_EU-Mercosur_Trade_Agreement_explainer.pdf

FES 2019: Friedrich-Ebert-Stiftung: EU-Handelsabkommen mit Kolumbien, Peru und Ecuador: Kein Vorbild für Nachhaltigkeit! <https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/artikel-in-die-welt-gerecht-gestalten/kein-vorbild-fuer-nachhaltigkeit-handel-zwischen-eu-kolumbien-peru-und-ecuador> (16.12.2020)

FES 2019a: Grabosch R: Unternehmen und Menschenrechte. Gesetzliche Verpflichtungen zur Sorgfalt im weltweiten Vergleich! <http://library.fes.de/pdf-files/iez/15675.pdf> (16.12.2020)

FIAN 2017: Fian International: Caravana Matopiba uncovers alarming human and environmental costs of agribusiness. <https://www.fian.org/en/press-release/article/caravana-matopiba-uncovers-alarming-human-and-environmental-costs-of-agribusiness-2018>

Fritz 2020: Fritz, T.: EU-Mercosur-Abkommen – Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte. <https://greenwire.greenpeace.de/system/files/2020-06/greenpeace-misereor-dka-studie-eu-mercotur-abkommen-0620.pdf>

Germanwatch 2020: Heydenreich, C. und Paasch, A.: Globale Agrarwirtschaft und Menschenrechte. <https://www.germanwatch.org/de/17692>

Germanwatch 2020: Germanwatch e.V.: EU-Rat einig: EU-Staaten befürworten gemeinsam europäisches Lieferkettengesetz. Gemeinsame Pressemitteilung Germanwatch und MISEREOR. <https://germanwatch.org/de/19657> (16.12.2020)

Germanwatch 2019: Benning, R., Brandt, K., Reichert, T.: Hähnchenfleisch im Nachhaltigkeits-Check. https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/Hähnchenfleisch%20im%20Nachhaltigkeits-Check_0.pdf (16.12.2020)

Germanwatch 2018: Reichert, T., Then, C., Miyazaki, J. und Andreas Bauer-Panskus: Gentechnik-Soja in Südamerika. <https://www.germanwatch.org/de/15896>

Ghiotto und Echaide 2020: Ghiotto, L. und Echaide, J.: Analyse des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur. <https://power-shift.de/wp-content/uploads/2020/01/Zusammenfassung-Studie-EU-Mercosur-Luciana-Ghiotto-und-Javier-Echaide.pdf>

Gobierno Argentino 2019: Gobierno Argentino: Acuerdo de Asociación Estratégica Mercosur – UE. https://www.cancilleria.gob.ar/userfiles/prensa/resumen_acuerdo_mcs-ue_elaborado_por_gobierno_argentino.pdf (16.12.2020)

Goldberg und Pavcnik 2003: Goldberg, P.K. und Pavcnik, N.: The response of the informal sector to trade liberalization. [https://doi.org/10.1016/S0304-3878\(03\)00116-0](https://doi.org/10.1016/S0304-3878(03)00116-0)

Graesser et al. 2015: Graesser, J.: Cropland/pastureland dynamics and the slowdown of deforestation in Latin America Environ. <http://dx.doi.org/10.1088/1748-9326/10/3/034017>

Grain 2020: Grain: EU-Mercosur trade deal will intensify the climate crisis from agriculture. <https://www.grain.org/en/article/6355-eu-mercotur-trade-deal-will-intensify-the-climate-crisis-from-agriculture> (17.12.2020)

Greenpeace 2020a: Greenpeace: Hintergrund.Das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen. https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/20201008-greenpeace-eu-mercotur_hintergrund.pdf

Greenpeace 2020b: Greenpeace: Agrarministerkonferenz – Vorläufiges Ergebnisprotokoll. https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/amk_weiskirchen_25_september_2020_protokollauszug.pdf

Greenpeace 2020c: Greenpeace: EU-Mercosur-Free Trade Agreement – Legal Q&A. https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/eu-mercotur_free_trade_agreement_legal_qa_greenpeace_june_2020.pdf

Greenpeace 2017: Greenpeace: Wie sieht ein fairer Welthandel aus? 10 Prinzipien für den Handel. <https://www.greenpeace.de/handelsprinzipien> (16.12.2020)

Greenpeace 2006: Greenpeace: Atempause für den brasilianischen Regenwald. https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/FS_Atempause_fuer_Regenwald_0.pdf

Grieger 2019: Grieger, G.: The trade pillar of the EU-Mercosur Association Agreement. Briefing. [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI\(2019\)640138](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI(2019)640138)

Hinojosa 2009: Hinojosa, L.: EU-MERCOSUR Trade Agreement: Potential Impacts on Rural Livelihoods and Gender (with Focus on Bio-fuels Feedstock Expansion). <http://hummedia.manchester.ac.uk/institutes/gdi/publications/workingpapers/bwpi/bwpi-wp-8109.pdf>

Human Rights Watch 2020: Human Rights Watch: Brazil. Events of 2019. <https://www.hrw.org/world-report/2020/country-chapters/brazil#33fe4a>

IDH 2019: The Sustainable Trade Initiative: European Soy Monitor. <https://www.idhsustainabletrade.com/uploaded/2019/04/European-Soy-Monitor.pdf>

Imazon 2020: Imazon - Amazon Institute of People and the Environment: Is the EU-Mercosur trade agreement Deforestation-proof? https://imazon.org.br/wp-content/uploads/2020/11/mercusulue_en_imazon.pdf (16.12.2020)

INA 2020: Initiative für nachhaltige Agrarlieferketten: Virtuelle BMZ-Foren zu EU-Maßnahmen für entwaldungsfreie Lieferketten <https://www.nachhaltige-agrarlieferketten.org/aktuelles/virtuelle-bmz-foren-zu-eu-massnahmen-fuer-entwaldungs-freie-lieferketten/> (16.12.2020)

INKOTA 2012: INKOTA: INKOTA-Infoblätter Welternährung 11: Futtermittelimporte. https://www.inkota.de/uploads/tx_tproducts/datasheet/INKOTA_Infoblatt11_Futtermittelimporte_01.pdf (16.12.2020)

INALE 2017: Instituto Nacional de la Leche: Guía de exportación leche en polvo entera de Uruguay en el mercado de China. https://www.inale.org/wp-content/uploads/2018/05/Gui%C3%A1a_Exportacio%C3%A1n_LPACHINA2017.pdf

ITUC 2020: International Trade Union Confederation: 2020 ITUC Global Rights Index. https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_globalrightsindex_2020_en.pdf (16.12.2020)

Karatepe et al. 2020: Karatepe, I., Scherrer, C., Tizzot, H.: Das Mercosur-EU-Abkommen. Freihandel zu Lasten von Umwelt, Klima und Bauern. https://www.martin-haeusling.eu/images/publikationen/20200117_EUMercosurAbkommen.pdf

LEL 2020: Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum, Schwäbisch Gmünd: Vieh und Fleisch. https://lel.landwirtschaft-bw.de/pb/site/pbs-bw-new/get/documents/MLR.LEL/PB5Documents/lel/Abteilung_4/Agrar-märkte%202020/08%20Vieh%20und%20Fleisch_%28BW%29_2020.pdf

Lima et al. 2020: Lima, M. et al.: Demystifying sustainable soy in Brazil. <https://doi.org/10.1016/j.landusepol.2018.12.016>

MEG 2020: Milch Marker Index: Milch Marker Index Fakten. <https://www.milch-marker-index.de> (12.08.2020)

Mercosur 2020: Mercosur: MERCOSUR in brief. <https://www.mercosur.int/en/about-mercursosur/mercursosur-in-brief/> (16.12.2020)

Mongabay 2020: Branford, S.: The Amazon's Yanomami utterly abandoned by Brazilian authorities: Report. <https://news.mongabay.com/2020/11/the-amazons-yanomami-utterly-abandoned-by-brazilian-authorities-report/> (17.12.2020)

Neill et al. 2017: Neill, C.: Surprisingly Modest Water Quality Impacts From Expansion and Intensification of Large-Scale Commercial Agriculture in the Brazilian Amazon-Cerrado Region. <https://doi.org/10.1177%2F1940082917720669>

Nepstad 2014: Nepstad, D.: Slowing Amazon deforestation through public policies and interventions in beef and soy supply chains. DOI: 10.1126/science.1248525

Netzwerk Gerechter Welthandel et al. 2020: Netzwerk Gerechter Welthandel und unterzeichnende Organisationen: Zeit zum Umdenken –EU-Mercosur-Abkommen stoppen! Gemeinsamer Aufruf (Juni 2020) <https://www.gerechter-welthandel.org/wp-content/uploads/2020/06/EU-Mercosur-Aufruf.pdf> (16.12.2020)

Notess und Veit 2018: Notess, L. und Veit, P.: The Scramble for Land Rights. <https://www.wri.org/publication/scramble-for-land-rights> (10.12.2020)

Noticias Agrícolas 2017: Noticias Agrícolas: Grupo invade fazendas e destrói sistema de irrigação no oeste da Bahia. <https://www.noticiasagricolas.com.br/noticias/agronegocio/201841-grupo-invade-fazendas-e-destrui-sistema-de-irrigacao-no-oeste-da-bahia.html> (17.12.2020)

Oliveria und Hecht 2016: Oliveira, G. und Hecht, S.: Sacred groves, sacrifice zones and soy production: globalization, intensification and neo-nature in South America. <https://doi.org/10.1080/03066150.2016.1146705>

Político 2020: Eder, F. und Vela, J. H.: Dombrovskis moves to save Mercosur deal. <https://www.politico.eu/article/dombrovskis-hopes-to-save-mercursosur-deal/> (09.12.2020)

Portalechero 2019: Portalechero: Tras acuerdo, UE podrá exportar al Mercosur 10.000 toneladas de leche en polvo y 30.000 de quesos sin arancel. <https://www.portalechero.com/innovaportal/v/14997/1/innova.front/tras-acuerdo-ue-podra-exportar-al-mercursosur-10000-toneladas-de-leche-en-polvo-y-30000-de-quesos-sin-arancel.html> (05.12.2020)

PowerShift 2020a: PowerShift: EU-Mercosur. Voran in die (Klima-)Krise. https://power-shift.de/wp-content/uploads/2020/10/Reisefuehrer-EU_Mercosur_Voran_in_die_Klimakrise_Oktober_2020.pdf (17.12.2020)

PowerShift 2020b: PowerShift: EU-Mercosur. Ein giftiges Abkommen. https://power-shift.de/wp-content/uploads/2020/07/Reisefuehrer_EU_Mercosur_Ein_giftiges_Abkommen_Juli_2020.pdf (17.12.2020)

PowerShift 2019: Fritz, T.: Umweltschutz in den Nachhaltigkeitsabkommen der EU. <https://power-shift.de/wp-content/uploads/2019/08/Umweltschutz-in-den-Nachhaltigkeitskapiteln-der-EU-Handelsabkommen.pdf> (16.12.2020)

Rampa et al 2020: Rampa F, Schutter de O, Woolfrey S, Jacobs N, Bilal S, Seters van J, Frison E: EU trade policy for sustainable food systems. Briefing note. <https://ecdpm.org/wp-content/uploads/EU-Trade-Policy-Sustainable-Food-Systems-IPES-Food-ECDPM-Joint-Briefing-Note-October-2020.pdf> (16.12.2020)

Raza et al 2020: Raza W, Tröster E, Wolfslehner B, Krajewski M: How can international trade contribute to sustainable forestry and the preservation of the world's forests through the Green Deal?. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/603513/EXPO_IDA\(2020\)603513_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/603513/EXPO_IDA(2020)603513_EN.pdf) (12.12.2020)

Reporter Brasil 2019: Lazzeri, T.: Bunge e Cargill compram soja 'contaminada por violência e desmatamento' do Agronegócio Estrondo, diz Greenpeace. <https://reporterbrasil.org.br/2019/12/bunge-e-cargill-compram-soja-contaminada-por-violencia-e-desmatamento-do-agronegocio-estrondo-diz-greenpeace/> (12.12.2020)

Rvo 2019: Ministry of Agriculture, Nature and Food Quality of the Netherlands: Agricultural market opportunities in Uruguay. <https://www.rvo.nl/sites/default/files/2019/06/Agricultural%20market%20opportunities%20in%20Uruguay.pdf>

S2B Network 2019: Seattle to Brussels Network: 340+ organisations call on the EU to immediately halt trade negotiations with Brazil. <http://s2bnetwork.org/letter-brasil-bolsonaro-eu-mercursosur/>

SIA 2020: Sustainable Impact Assessment - The London School of Economics and Political Science Consulting: Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations between the European Union and Mercosur. http://www.eumercosursia.com/uploads/4/0/7/2/40728425/tradoc_158889.pdf

Siegel 2020: Siegel, K. und Lima, M.: When international sustainability frameworks encounter domestic politics: The sustainable development goals and agri-food governance in South America. <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2020.105053>

Thomsen 2020: Thomsen, B. in : Ein brasilianischer Milchbauer spricht über das geplante Mercosur-Abkommen. https://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2020/KAB2020_114_119_Thomsen.pdf (10.12.2020)

Thünen 2019: Banse, M., Knuck, J., Weber, S.: Stabile und hohe Milchpreise?! – Optionen für eine Beeinflussung der Milchpreise. https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn060782.pdf

Topagrar 2019: Agra Europe: EU-Milchindustrie begrüßt Mercosur-Abkommen. <https://www.topagrar.com/rind/news/eu-milchindustrie-begruesst-mercursosur-abkommen-11609103.html> (10.12.2020)

Trade Leaks 2020: Trade Leaks by Greenpeace: EU Mercosur Association Agreement Text. <https://trade-leaks.org/mercursosur-eu-association-agreement-leaks-8-october-2020/mercursosur-association-agreement-text/>

Trase 2020: Trase Yearbook 2020: The state of forest-risk supply chains. http://resources.trase.earth/documents/Trase_Yearbook_Executive_Summary_2_July_2020.pdf

UN 2018: United Nations – Department of Economic and Social Affairs. <https://sdgs.un.org/goals>

USAID 2011: Land Links: Brazil. <https://www.land-links.org/country-profile/brazil/#land>

USDA 2020a: Borroughs, B.: <Dairy and Products Annual – Argentina. https://apps.fas.usda.gov/newgainapi/api/Report/DownloadReportByFileName?fileName=Dairy%20and%20Products%20Annual_Buenos%20Aires_Argentina_10-15-2020

USDA 2020b: United States Department of Agriculture: Oilseeds: World Markets and Trades. <https://apps.fas.usda.gov/psdonline/circulars/oilseeds.pdf>

WBGU 2020: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration. https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2020/pdf/WBGU_HG2020_Arbeitsexemplar-Bundesregierung.pdf

WRI 2017: World Resource Institute: Closing Data Gaps to Eliminate Deforestation and Land Disputes from Beef Supply Chains in Paraguay. <https://www.wri.org/blog/2017/11/closing-data-gaps-eliminate-deforestation-and-land-disputes-beef-supply-chains-paraguay> (17.12.2020)

Zengerling 2020: Zengerling C.: Stärkung von Klimaschutz und Entwicklung durch internationales Handelsrecht. Expertise für das WBGU-Hauptgutachten „Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration“ https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2020/pdf/Expertise_Zengerling.pdf (17.12.2020)

Glossar

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung	auch Globale Nachhaltigkeitsagenda, offizieller Titel: „Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“. Enthält Katalog mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (<i>Sustainable Development Goals, SDGs</i>)
Assoziierungsabkommen (AA)	völkerrechtlicher Vertrag der EU mit einem Staat(-enbund), der nicht der EU angehört
Biom	vorherrschende Lebensgemeinschaft oder auch das gesamte vorherrschende Ökosystem eines ausgedehnten Bereichs
Bilaterale Abkommen	(vertragliche) Vereinbarung zwischen zwei Vertragsparteien
COVID-19-Krise	gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen infolge der weltweiten Ausbreitung des Coronavirus
<i>Eco-Schemes</i>	dt. Öko-Regelungen für Klima und Umwelt sind ein neues freiwilliges Instrument der GAP nach 2020, das öffentliche Leistungen honoriert, die über die gesetzlichen Standards hinausgehen
<i>essential elements</i>	Klausel, die in Handelsabkommen wesentliche sanktionierbare Elemente benennt
Freihandelsabkommen	Vertrag, der Handelshemmnisse zwischen den PartnerInnen abbaut (und somit einen freien Handel fördert)
Gemeinsame Marktorganisation (GMO)	europäisches Regelwerk, welches die Produktion und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf EU-Ebene organisiert
Hilton-Quote	Importquote für hochwertiges Rindfleisch in die EU mit vermindertem Zollsatz
Mengenzoll	Zoll, der auf Basis der Warenmenge berechnet wird
Mercosur	Gemeinsamer Markt Südamerikas, Staatenbund aus Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay

Monokulturen	mehnjähriger Anbau ausschließlich einer einzigen Nutzpflanzenart auf derselben landwirtschaftlichen, gartenbaulichen oder forstwirtschaftlichen Fläche
Rahmenabkommen über interregionale Zusammenarbeit	Abkommen zwischen zwei Vertragsparteien, das in einem regelmäßigen Dialog, die Liberalisierung der Märkte vorbereitet
Selbstversorgungsgrad	Verhältnis der Inlandsproduktion zum Verbrauch eines landwirtschaftlichen Produktes im Inland
<i>Sustainable Development Goals (SDGs)</i>	globale Ziele für nachhaltige Entwicklung, Agenda-2030-Ziele oder <i>Sustainable Development Goals, SDGs</i> (siehe Agenda 2030)
Soja	Kann als Sojabohne, -derivat oder Sojaerzeugnis verstanden werden. Wenn ein spezifisches Sojaerzeugnis im Text genannt wird, dann ist damit dieses spezifische Sojaerzeugnis gemeint.
Soja-Moratorium	Vereinbarung, die den Handel, die Finanzierung und den Erwerb von Soja untersagt, das von Regenwaldflächen stammt, die nach Juli 2008 gerodet wurden
Wertzoll	Zoll, der nach einem bestimmten Prozentsatz des Warenwertes berechnet wird

Sie fanden diese Publikation interessant?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: BIC/Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 212300

Spenden per SMS: Stichwort „Weitblick“ an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

Mitgliedschaft: Werden Sie Fördermitglied (Mindestbeitrag 60 Euro/Jahr) oder stimmberechtigtes Mitglied (ab 150 Euro/Jahr, Studierende ab 120 Euro/Jahr) bei Germanwatch. Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter:

www.germanwatch.org/de/mitglied-werden

Wir schicken Ihnen das Anmeldeformular auf Anfrage auch gern postalisch zu:

Telefon: 0228/604920, E-Mail: info@germanwatch.org

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL)

In der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) haben sich konventionell und ökologisch wirtschaftende Bauernhöfe zusammengeschlossen, die gemeinsam für eine zukunftsfähige sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft sowie für entsprechende politische Rahmenbedingungen eintreten. Zu unseren Mitgliedern zählen außerdem Menschen anderer Berufsgruppen, die sich für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen. Die AbL informiert über wichtige Fragen der Agrar- und Handelspolitik und bezieht Stellung. Sie vertritt die Positionen ihrer Bäuerinnen und Bauern bei Verbändebeteiligung und Gesetzesvorhaben und organisiert öffentlichen Druck. Das zentrale Anliegen der AbL ist es, auch die soziale Frage in der Landwirtschaft in das Bewusstsein zu rücken. Damit soll vermieden werden, dass einseitig ökonomisch oder ökologisch begründete Sichtweisen, die handelnden Menschen ausblenden und damit die sozialen Auswirkungen unberücksichtigt bleiben. Die Gesellschaft wie auch die Bauern und Bäuerinnen wollen Tierschutz, Klimaschutz, den Erhalt der Artenvielfalt, das bedeu-

tet höhere Kosten und deshalb fordert die AbL wirtschaftliche Perspektiven für die Höfe. Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.abl-ev.de oder bei unserer Bundesgeschäftsstelle:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) - Büro Hamm

Bahnhofstraße 31, D-59065 Hamm
Telefon +49 (0) 2381 / 90 53 171, Fax: -49 22 21

E-Mail: info@abl-ev.de

Internet: www.abl-ev.de

Germanwatch

Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin

